Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1949

17 (16.11.1949)

Visual Library

Werbeexemplar

BADISCHES

VOLKSECHO

Verlag: Nordbadische Druck- und Zeitungsvertrieb G. m. b. H., Mannheim. S 3, 10. Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10. Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Mannheim-Neckarstadt, Mittelstr. 38, Ruf 509 35, Heidelberg, Rohrbacher Str. 13-15, Ruf 3421/23 - 02, Karlsruhe, Amalienstr. 69, Ruf 4023, Pforzheim, Westliche 277 Ruf 2542, Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Tagesausgabe

Erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2.50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —,54 Zustellgebühr. Bankverb.: Allg. Bankgesellschaft Mhm. Kto.-Nr. 140 77. Städt. Sparkasse Mhm. Kto.-Nr. 227. Postscheckamt Karlsruhe Kto.-Nr. 429 39. Anzeigenpreis: Siehe Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in Mannheim, S 3, 10, Ruf 432 60, und in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 1 / Nr. 17 — Mittwoch, 16. November 1949 — Preis 15 Pf.

Aus dem Inhalt:

„Rasch und billig bauen!"

Volle Projektenmappe und leere Kassen

Wiedersehen mit einem Ehemaligen

Schlag auf Schlag

Die schlimmsten Befürchtungen bestätigt!

Außenpolitische Debatte im Bundestag bestätigt die völlige Preisgabe der deutschen Interessen durch Bundeskanzler Adenauer
Max Reimann: „Ruhr- und Besatzungsstatut dürfen nicht anerkannt werden" — Reimanns Abgrenzung von Dr. Schumacher

Bonn. (Nach dpa und E. B.) Die große außenpolitische Debatte im Bundestag, die mit Spannung erwartet wurde, hat die Vermutungen und Befürchtungen, die das schaffende Volk in Deutschland angesichts der Pariser Konferenz und der in diesem Zusammenhang von Dr. Adenauer, dem Kanzler des Separatstaates, betriebenen Geheimpolitik hatte, bestätigt. Darüber gibt es nach dieser Debatte keinen Zweifel mehr, daß nach wie vor die westlichen Alliierten den Bundesstaat Westdeutschland regieren. Diese Tatsache wird nicht dadurch gemildert, sondern nur noch unterstrichen, daß Dr. Adenauer bedingungslos auf die Wünsche und Zielsetzungen der Pariser Außenministerkonferenz ohne vorherige Verständigung des deutschen Volkes, ja noch nicht einmal des Bundestages, eingegangen ist.

Dr. Adenauer, der unter Darlegung des Regierungsstandpunktes die Aussprache über die Außenpolitik eröffnete, war zuvor drei Stunden bei den Hohen Kommissaren gewesen, wo ihm die Informationen — wie man es nennt — über die Pariser Außenministerkonferenz übergeben wurden.

„Von maßgeblicher alliierter Seite", erklärte Dr. Adenauer, seien ihm am 1. November drei Punkte genannt worden, die einen wesentlichen Beitrag zur Befriedigung des Sicherheitsbedürfnisses darstellen würden." Daraufhin habe er für die Pariser Konferenz der drei Außenminister der Hohen Kommission am 1. November 1949 Vorschläge gemacht. Am 7. November sei er dann von alliierter Seite aufmerksam gemacht worden, daß seine Vorschläge der französischen Regierung in Paris zu unbestimmt erscheinen, worauf er am gleichen Tage die westlichen Alliierten wissen ließ, daß er bereit sei, alle ihre Forderungen anzuerkennen, wenn nur dadurch die Demontage deutscher Betriebe „verlangsamt" werde. Dr. Adenauer zahlte dafür mit: 1. Anerkennung von Ruhr- und Besatzungsstatut; 2. Enge Zusammenarbeit mit der bestehenden „Sicherheitskommission"; 3. Beteiligung ausländischen Kapitals an deutschen Werken; 4. Möglichst beschleunigte Einbeziehung Westdeutschlands in den Wirtschaftskomplex von Frankreich, Italien und den Beneluxstaaten.

Die Konzessionen, die Dr. Adenauer dafür erhält, besteht in der Versicherung, daß, solange die Verhandlungen laufen, eine „Verlangsamung" der bereits angelaufenen Demontage und Verzicht auf neue Demontagen erfolgen soll. Zur Beteiligung ausländischen Kapitals an deutschen Werken mußte Dr. Adenauer eingestehen, daß die Vorschläge der Vereinigten Stahlwerke als Verhandlungsgrundlage dienen. Es will ihm „zufällig" am gleichen Tage, als er diesen Vorschlag machte, bekannt geworden sein, daß die Vereinigten Stahlwerke unbedingt 300 Millionen DM benötigten, um ihr Aktienkapital auf 800 Milionen zu erhöhen. Von diesen 300 Millionen sollen 225 Millionen von ausländischen Gruppen übernommen werden. Die deutsch-französische Verständigung soll also nichts anderes sein, als eine Uebereinkunft der deutschen und französischen Schwerindustrie auf Kosten ihrer Völker.

Die Werke, von denen Dr. Adenauer glaubt hoffen zu dürfen, daß durch Verhandlungen ihre Demontagen aufgehoben werde, sind Gelsenberg-Benzin, Chemische Werke Küls, August-Thyssen-Hütte Hamborn, Ruhrstahl Hattingen, Charlottenhütte und Borsig, Berlin. Praktisch hat also Adenauer für die bedingungslose Selbstaufgabe der Interessen der deutschen Nation nur diese „Hoffnung" erhalten.

Max Reimann, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, kam in seiner Diskussionsrede sofort auf den Kern der Dinge zu sprechen. Er erinnerte daran, daß Dr. Adenauer schon 1918 ähnliche Vorschläge gemacht habe, wie er sie nun auch heute eingestehen mußte. Damals galt es für ihn, die Sozialisierung zu verhindern. Wenn er heute seine „Außenpolitik" zusammen mit dem Bankier Pferdmenges und den Vereinigten Stahlwerken durchführt, so besteht eine auffallende Parallele mit dem, was er 1918 mit der Dupontgruppe der französischen Industrie betrieben hat. Die Politik des Bundeskanzlers sei ausschließlich von den Interessen des Monopolkapitals und der westlichen Alliierten bestimmt. Diese Mächte habe Dr. Adenauer gemeint, als er während der Debatte der Sozialdemokratie zurief: „Sie haben gut reden, aber ich muß mich verantworten!" Die Verfolgung der Interessen der deutschen Schwerindustrie, zu deren Anwalt sich Dr. Adenauer mache, habe mit den Sicherheitsbedürfnissen nicht das Geringste zu tun. Weder das deutsche noch das französische Volk wünsche eine solche Art von Sicherheit, die auf Plänen basiere, wie sie der Kölner Bankier Pferdmenges bereits im Jahre 1947 ausgeheckt habe.

Zur sozialdemokratischen Fraktion des Bundestages gewandt, wies Max Reimann darauf hin, daß Dr. Schumacher seine scharfe Sprache, die er sonst gegen die Kommunisten führt, habe vermissen lassen. Entgegen dem Standpunkt Dr. Schumachers verlangte Max Reimann nicht die Revision, sondern die Ablehnung des Ruhr- und Besatzungsstatutes. Statt das Ruhrstatut anzunehmen, seien die Forderungen der Gewerkschaften auf Mitbestimmungsrecht und auf Erhöhung der Löhne und Gehälter anzuerkennen. Die Gefahr, in der sich das deutsche Volk befindet, sei riesengroß. Die Regierung Dr. Adenauers hat nicht das Vertrauen des Volkes und billige nicht die von ihr betriebene Politik des Ausverkaufes Deutschlands und des Verrates seiner nationalen Interessen.

Wirtschaftskatastrophe Berlins

Eigenartige Rechenkunststücke

Obwohl die Arbeitslosigkeit in Berlin weiter zunimmt, will man von verantwortlicher Westberliner Seite der Oeffentlichkeit einreden, daß „obwohl der Tiefpunkt der Westberliner Wirtschaftskrise noch nicht erreicht sei, man es mit einem Tendenzumschwung zu tun habe. Man will dies darin erblicken, daß im Oktober nur 12 600 Neuzugänge an Arbeitslosen zu verzeichnen waren und die Zahl der Kurzarbeiter um 5 690 zurückgegangen sei." Eigenartige Rechenkunststücke, wenn dabei die Arbeitslosigkeit weiter um Zehntausende wächst und insgesamt in Westberlin ein Riesenausmaß erreicht hat.

Ein Betrieb für Alle!

Betriebsbelegschaft fordert Aufhebung des Notopfers Berlin

Bonn. (SID) Gegen die Verlängerung des Notopfers Berlin erhebt die Belegschaft der ESKIMO-Schuhfabriken, Paul Müller, Offenbach/Main, in einer Resolution schärfsten Protest. In dem Schriftstück, das allen Fraktionen im Bundestag übersandt wurde, wird von diesen erwartet, daß sie sich dafür einsetzen, diese unsoziale Maßnahme wieder rückgängig zu machen. In der Resolution heißt es begründend, das ständige Ansteigen der Preise bedeute für alle Beruftätige eine Senkung des Reallohns. Es ist unverantwortlich von der Regierung, den Preissteigerungen tatenlos gegenüber zu stehen und durch die Verlängerung des Notopfers Berlin die wirtschaftliche Lage aller Schaffenden zu verschlechtern.

Die KPD-Fraktion hat vor kurzer Zeit den Antrag gestellt, das „Notopfer Berlin" mit sofortiger Wirkung aufzuheben. Dieser Antrag wurde von allen Fraktionen des Hauses abgelehnt.

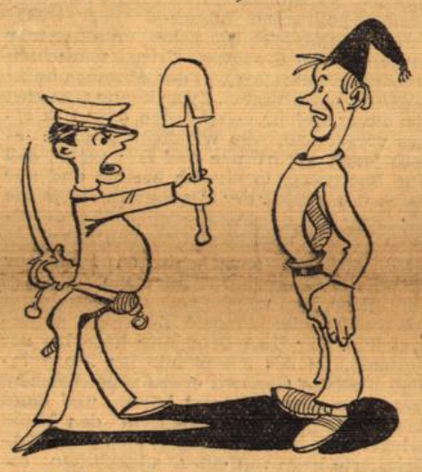
Arbeiter schützen sich vor Entlassungen

Nürnberg. Zwischen dem Betriebsrat und der Direktion des Nürnberger Werkes der MAN wurde vereinbart, daß Ueberstunden nur noch im Einvernehmen mit den gewählten Vertretern der Belegschaft des Werkes geleistet werden dürfen. Auf diese Weise soll verhindert werden, daß durch Mehrarbeit einzelner Arbeiter das Arbeitsvolumen für die gesamte Belegschaft geschmälert wird.

Sowjets geben zurück

Berlin. Das ehemalige Rüstungswerk GEMA in Berlin-Köpenick, das seit der Kapitulation in sowjetischem Besitz war, soll als volkseigener Betrieb in die Rundfunk- und Fernmeldeindustrie eingegliedert werden. Das Werk stellte vor allem Oscillographen her. (dpa)

Konferenz in Paris: Was erwartet Michel? Den Gestellungsbefehl?



Zunächst Schanzarbeit — Bei Bewährung die Waffe

„Wortführer der von Churchill lancierten Ideen"

Adenauer und Frankreich

Bonn. (SID) Über die Rolle Dr. Adenauers bei einer deutsch-französischen Verständigung verbreitete sich in der vergangenen Woche BBC London. In dem Kommentar hieß es, der westdeutsche Bundeskanzler habe in seiner früheren Laufbahn schon einmal eine Rolle im Bezug auf die „Zusammenarbeit mit Frankreich" gespielt.

Am gleichen Tage befaßte sich in der „La Libre Belgique" der belgische Publizist Paul Struye mit dem gleichen Thema. Er bezeichnete den französischen Außenminister Schuman und Dr. Adenauer als „Wortführer der von Churchill lancierten Ideen". In der polnischen Zeitung „Trybuna Ludu" (Volkstribüne) berichtet ihr Berliner Berichterstatter über eine Versammlung von Flüchtlingen, in der Professor Reuter eine aufputschende Rede hielt. Reuter habe erklärt, daß, wenn in Warschau noch eine wirklich patriotische polnische Regierung säße, es nie zu einem Flüchtlingsproblem gekommen wäre. Den Beifall den Reuter, der Vertrauensmann der Adenauer'schen Politik in Berlin mit dieser, gegen die Volksregierung in Warschau gerichteten Erklärung hervorrief, nennt der Berichterstatter „einen Applaus für ein Bündnis Anders-Adenauer". (Anders ist der polnische General, der in Zusammenarbeit mit London die außerhalb ihres Vaterlandes lebenden Polen zu einer anti-sowjetischen Armee zusammen zu fassen versucht. d. Red.)

Boykott des deutschen Diamantenhandels

Amsterdam. (Nach VVD) Die Diamantenindustrien in Amsterdam und Antwerpen haben beschlossen, den deutschen Diamantenhandel und die mit diesem zusammenstehenden Unternehmen zu boykottieren. Vor dem Kriege und auch jetzt wieder beobachte man ein Lohndumping in der deutschen Diamantenindustrie, das zu einem Preisrückgang auf dem Weltmarkt führe. Da der deutschen Diamantenindustrie keine Rohdiamanten geliefert werden, beschaffe diese sie sich durch Schmuggel. Auch dieser soll unterbunden werden.

Sonntagsbeschränkungen sollen fallen

Bonn. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, soll die Verordnung, welche den Sonntagsverkehr für Kraftfahrzeuge von einer besonderen Genehmigung abhängig macht, mit Ende dieses Jahres außer Kraft treten. Von deutscher Seite sei nicht an eine Verlängerung der entsprechenden Bestimmungen gedacht.

Im Streiflicht gesehen

Aus Thorak-Figuren werden Kirchenglocken

München. Die Thorakschen Monumentalfiguren, die einst im Münchener „Haus der deutschen Kunst" und auf der Pariser Weltausstellung 1937 ausgestellt waren, werden jetzt zu Kirchenglocken umgegossen. (dpa)

Ein Professor wegen Landstreicherei verhaftet

Wien. Der siebzigjährige deutsche Ernährungsforscher Professor Friedrich Wilhelm Prinz wurde am Samstag in Bad Ischl unter der Beschuldigung der Landstreicherei verhaftet. Die Polizeidirektion Innsbruck sucht Prinz außerdem angeblich wegen verschiedener Vergehen. (dpa)

Taifun auf den Philippinen

Manila. Die Philippinen wurden am vergangenen Wochenende zum drittenmal innerhalb von 14 Tagen von einem schweren Taifun heimgesucht. Bisher wurden 314 Tote geborgen. 507 Personen werden noch vermißt. Etwa 400 000 Menschen wurden obdachlos. Am stärksten betroffen ist der nördliche Teil der Insel Mindanao. (dpa)

Auf einer Leuchtboje im Kanal umgekommen?

Cherbourg. Die Bemühungen zur Rettung des Franzosen Roger Marcel Petit, der seit Freitagfrüh im Gestänge einer Leuchtboje auf einem Felsen im Kanal nahe Cherbourg festsaß, waren vergebens. Er hatte sich am Freitag von Freunden zu der Boje rudern lassen, um Wildenten zu schießen. Kurz danach hatte starker Seegang eingesetzt, so daß er nicht zurückgeholt werden konnte. Am Sonntagabend hat der französische Rundfunk die Piloten von Hubschraubern aufgerufen, sich an den Rettungsbemühungen zu beteiligen, da die Rettungsboote nicht alle selbst herankommen könnten.

Ein britischer Bomber gab am Montagmorgen durch Funkspruch bekannt, das sich niemand mehr auf der Boje befinde.

Ein Cherbourger Schwimmer, der am Montag das Leuchtfeuer erreichte, fand nur ein Bündel Kleidungsstücke vor. Der Schwimmer gehörte zu einer Rettungsexpedition, deren Boot bei dem hohen Wellengang immer wieder von dem Felsen, auf dem sich das Leuchtfeuer befand, abgetrieben wurde.

Die Frau Petits erklärte, die von der Boje zurückgebrachten Kleider hätten niemals ihrem Mann gehört.

Rückkehr nach 35 Jahren

Wien. Der Oesterreicher Johann Hetlinger, der 1918 für tot erklärt worden war, ist dieser Tage nach 35jähriger Abwesenheit heimgekehrt. Er traf seine Frau, die ihn nicht wiedererkannte, und seinen vierzigjährigen Sohn im alten Heimatort Neunkirchen in Niederösterreich an. Hetlinger war 1914 einberufen worden und in russische Gefangenschaft geraten. Er kam in ein sibirisches Lager, von wo er infolge der Revolutionswirren nicht heimkehren konnte. Das Schicksal verschlug ihn nach der Mandschurei, wo er eine gutgehende Schneiderwerkstatt aufmachte. Die chinesischen Kommunisten haben nun auf seine Heimkehr gedrängt. (Nach Reuter)

Lage in England

Parteitag der KP befaßt sich mit Sterling-Abwertung

London. (E.B.) Am 27. November findet in Liverpool der 21. Parteikongreß der KP statt. In dem Bericht der Parteileitung an den Kongreß stehen die durch die Sterlings-Abwertung verursachten Erhöhungen der Lebenshaltungs-Kosten des englischen Volkes im Mittelpunkt. Die Lebenshaltungs-Kosten seien ungefähr um zehn Prozent gestiegen. Wenn die Löhne nicht entsprechend erhöht würden, bedeute das praktisch den Verlust von 10—15 Schilling wöchentlich am Reallohn des Arbeiters. Die Labour-Party ist Verteidigerin dieser Herabsetzung des Lebensniveaus der Arbeiter. Die Kommunistische Partei Englands ist entschiedener Kämpfer dagegen.

Wer finanziert de Gaulle?

Die „oberen Zehntausend" als „Freundeskreis de Gaulles"

Paris. Zum „Freundeskreis General de Gaulles", der SAGG, der außerhalb der „RPF" gebildet wird, sollen nach einer Meldung des „France Soir" nur 10 000 Personen zugelassen werden. Die 1000 Gründungsmitglieder dieses Kreises zahlen monatlich 10 000 Francs und die 9000 weiteren, monatlich 1000 Francs, das sind insgesamt monatlich rund 20 Millionen Francs, die dazu bestimmt sind, „Gedanken und Lehren General de Gaulles" zu verbreiten.

Richtige Erkenntnis

Export nach Osteuropa tut not!

Frankfurt. Der Wirtschaftsausschuß des Bundesrats sprach am Samstag in Königstein über die Möglichkeit, Osteuropa für den deutschen Export zu erschließen. Die Konferenzteilnehmer waren sich darüber klar, daß sich der deutsche Export um Absatzmärkte in Osteuropa bemühen müsse, da sonst die Exportziele nicht erreicht werden könnten. (nach dpa).

Es ist erfreulich, wenn die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses diese Erkenntnis aussprechen, auch dann, wenn sie eine Binsenwahrheit ist. Wie lange wurde schon versäumt, Verbindungen zu suchen und aufzunehmen und wieviele Arbeiter sind deshalb, weil es nicht längst schon getan wurde, in Westdeutschland arbeitslos? 1,3 Millionen ist eine ahl, die in ihrer Höhe hauptsächlich aus diesem Grunde verschuldet ist.

Ost-West-Handel sichert Arbeit

Dortmund. (E. B.) Ein großer Auftrag, der von der provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik gegeben wurde, ermöglichte dem Hüttenwerk der Dortmunder Union, für mindestens drei Monate über die wirtschaftlichen Schwierigkeiten hinwegzukommen.

Wie von unterrichteter Seite verlautet, handelt es sich bei diesem Auftrag um die Lieferung von rund 10 000 Tonnen Rohstahl. Die Werksleitung betont, daß es ihr infolge dieses Auftrages möglich war, von der ursprünglich vorgesehenen Entlassung von 150 Arbeitern Abstand zu nehmen.

Handelsvertrag Deutsche Republik — Ungarn

Berlin. (nach dpa). Ein Handels- und Zahlungsabkommen zwischen Ungarn und der Deutschen Demokratischen Republik mit einem Warenaustausch von 11,3 Millionen Dollar in jeder Richtung und einer Laufzeit bis Ende 1950 wurde am Mittwoch abgeschlossen. Nach Mitteilung des Außenhandelsministers Georg Handke sind 28 Proz. der Ausfuhr Deutschlands für Maschinen und Ersatzteile vorgesehen. Ferner sollen elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse sowie Chemikalien geliefert werden. Drei Viertel der Einfuhr aus Ungarn besteht aus Lebensmitteln.

Ein Handelsvertrag mit der Tschechoslowakei soll in Kürze folgen. Für den Abschluß von Verträgen mit der Sowjetunion sowie mit anderen Volksdemokratien seien Vorbereitungen im Gange.

Leuna-Werk in Vollbetrieb

Berlin. Im Leuna-Werk werden jetzt wieder etwa 100 Produkte, in der Hauptsache Düngemittel erzeugt, wie aus einem von dem Direktor des Werkes Dr. Eckhard gegebenen Interview hervorgeht. Rund 90 Prozent des gesamten Stickstoffbedarfs der Landwirtschaft der Sowjetzone werden durch die Produktion des Leuna-Werkes gedeckt. Weitere wichtige Produktionszweige sind die Ammoniak- und die Alkoholsynthese, sowie die Herstellung von Benzin. (dpa)

Neues Walzwerk in der Sowjetzone

Berlin. (Nach VWD) Die erste Feinblechstraße des neuerrichteten Walzwerkes in Burg bei Magdeburg ist am Samstag in Betrieb genommen worden. Burg ist, wie besonders betont wird, das erste Walzwerk, dessen Ausrüstung vollständig in der Sowjetzone hergestellt worden ist. Außer in Burg werden Feinbleche auch in den Walzwerken Olbernhau und Auerhammer hergestellt.

Auslandsexport Chemnitzer Firma

Berlin. (Nach VWD) Die Firma August Hübsch AG in Chemnitz konnte in den letzten Monaten Exportaufträge für Teppiche, Möbel, Bezugstoffe und Dekorationsgewebe im Werte von 100 000 Dollar mit Interessenten in den Niederlanden, Dänemark und Schweden abschließen. Von der Produktion in der Gesellschaft sind 50 bis 60 Prozent für den Export, 15 Prozent für den Interzonenhandel und der Rest für die Versorgung der Verbraucher der Sowjetzone bestimmt.

Üble Gewohnheiten eines Schlüssellochguckers

Der Pressechef Adenauers, Dr. Bourdin, betreibt sie

Bonn. (SID) Eine nicht alltägliche Eigenschaft, die die Journalisten am Montag auf der Bundespressekonferenz an dem neuen Pressechef Dr. Bourdin entdeckten, rief bei einem Teil von ihnen starkes Befremden und Mißfallen hervor. Nach der Unterhaltung Mr. Achesons mit Dr. Schumacher, Carlo Schmid und Ollenhauer befragt, antwortete er vieldeutig lächelnd, die Unterhaltung habe natürlich keine Zeugen gehabt. Wer aber Gelegenheit hatte, durch die trennende Glaswand die ernsten Mienen der deutschen Gesprächspartner zu beobachten, habe den Eindruck gewonnen, daß es sich um ein sehr eindringliches Gespräch gehandelt haben muß. Ich glaube, sagte er weiter, es war kein Dialog, sondern ein Appell Achesons an die Oppositionsführer, Rücksicht zu nehmen auf die Schwierigkeiten, die andere Länder haben. Im Kongreß dürfe nicht der falsche Eindruck hervorgerufen werden, daß die Parteien sich in der Kritik an den Besatzungsmächten gegenseitig überböten. In Kreisen der Teilnehmer der Pressekonferenz fragte man sich, woher Herr Dr. Bourdin das alles so genau wisse? Hat er das auch in den Gesichtszügen der Beteiligten gelesen, oder hat ihm sein Chef Dr. Adenauer einige Tips gegeben? Aber Adenauer war doch auch nicht dabei.

Ein Werkzeug französischer Politik

Bonn. (SID) Francois Poncet, der französische Hohe Kommissar, habe sich über die Behauptung Dr. Schumachers sehr amüsiert gezeigt, Dr. Adenauer habe zu seinem Pressechef einen Vertrauensmann der Franzosen ernannt, antwortete Dr. Bourdin auf die Frage eines Journalisten. Er habe schon früher einmal in Berlin erklärt, daß die Franzosen ihm insofern Vertrauen a priori geschenkt hätten, als sie ihm 1945 die Lizenz zur Herausgabe des Kurier gegeben hätten. (Aber Sie waren doch 20 Jahre in Paris, Herr Bourdin! D. Red.) Außer der Vorliebe des Kuriers für literarische Beiträge aus dem französischen Kulturkreis, könne man aber seiner Zeitung keine pro-französische Einstellung nachweisen. „Man darf aber auch das Wort Vertrauen nicht so auffassen", sagte Dr. Bourdin weiter, „als ob ich ein Werkzeug französischer Politik sei."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Schlag auf Schlag

Westdeutschlands Werktätige erstreben die Einheit der Arbeiterbewegung

Von Karl Maron (Berlin)

In unerwartet schneller Folge wird bestätigt, was Generalissimus Stalin in seinem historischen Telegramm vom 13. Oktober an den Präsidenten und den Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik feststellt:

„Die Bildung der friedlichen Deutschen Demokratischen Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas."

Im Lager der Kriegshetzer aller Schattierungen und ihrer gehorsamen westdeutschen Werkzeuge herrscht eine unbeschreibliche Aufregung und Verwirrung. Sie entfalten eine fieberhafte Tätigkeit, um dem Gang der Ereignisse in den Arm zu fallen. Herr Acheson, der bei seinem Amtsantritt als Außenminister der USA großspurig erklärte, daß er seine Politik von Washington aus zu machen gedenke und von vielen Auslandsreisen zu internationalen Konferenzen nichts halte, vergaß seine Vorsätze und flog nicht nur nach Paris, sondern will nun nach Bonn und sogar Berlin besuchen. Wahrscheinlich will er zum Durchhalten im Sumpf der Krise auffordern und seinen Werkzeugen das Rückgrat stärken, Sie scheinen es demnach sehr notwendig zu haben.

Noch viele andere Erkenntnisse vermitteln uns die Vorgänge der letzten Tage als Folge der Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik. Im Uebereifer, die dadurch ausgelöste Lawine der wachsenden Einsicht in die Dinge aufzuhalten, verrutschen vielen westdeutschen „Politikern" die Masken, die sie sich zur Tarnung ihrer tatsächlichen Aufgaben und Absichten vorgebunden hatten. Die Zahl derjenigen, die nunmehr das wirkliche Gesicht des USA-Fronvogtes Adenauer erkennen, dürfte sich in den letzten Tagen gewaltig vermehr haben.

Daß Adenauer und die Mitglieder seiner Separat-Regierung gezwungen waren, so schnell und so brutal zu zeigen, daß sie zu jeder Art nationalen Verrates bereit sind, ist ebenfalls ein Ergebnis der Schaffung der Deutschen Demokratischen Republik und ihrer wachsenden Anziehungskraft auf alle ehrlichen und friedliebenden Deutschen. Noch nie in der Geschichte Deutschlands hat es ein sogenannter Staatsmann gewagt, von sich aus 40 Prozent der westdeutschen Wirtschaft einem anderen Lande als Morgengabe anzubieten, den Raub des wichtigsten Industriegebietes Deutschlands durch Anerkennung des Ruhrstatutes zu legalisieren und das ganze Saargebiet noch dazuzugeben.

Dieser ungeheuerliche Verrat hat zwangsläufig zu den nächsten Gliedern der Kettenreaktion geführt, den Vorgängen des Mittwoch und Donnerstag in und um das Bonner Parlament. Der Vorsitzende der SPD und Führer der SPD-Fraktion im Bundestag, Dr. Schumacher, berief eine Pressekonferenz ein, in der er sich von Adenauer zu distanzieren versuchte und mit starken Worten nicht sparte.

Sein Verhalten führt zu zwei Ueberlegungen. Einerseits sprach Schumacher lediglich aus, was große Teile der Bevölkerung Westdeutschlands denken und empfinden und was sich von Tag zu Tag mehr Bahn bricht. Daran ist nichts mehr zu ändern, und Dr. Schumacher hätte mit einer anderen Stellungnahme die beträchtliche Opposition in der eigenen Partei nur noch mehr verstärkt. Andererseits gibt die bisherige Politik Dr. Schumachers, der Unterschied zwischen seinen Worten und Taten, genügend Anlaß zu schärfstem Mißtrauen und größter Vorsicht.

Die Ereignisse des Donnerstag im Bonner Bundestag und ihre Darstellung in der sozialdemokratischen Presse rechtfertigen dieses Mißtrauen. Im Bonner Parlament kam es zu Lärm- und Tumultszenen. Adenauer und die auf Gedeih und Verderb mit ihm verbundenen Parteien erlitten in der Abstimmung ihre erste große Niederlage. Es kam — wie u. a. der „Tagesspiegel" zu berichten weiß — zu „mehrmaligen Versuchen der SPD- und KPD-Fraktion, eine Sondersitzung noch am gleichen Tage oder am heutigen Freitag einzuberufen ... Im Laufe des Nachmittags wurde dann der Antrag der SPD auf Grund einer Vereinbarung mit der Kommunistischen Partei erneut dem Präsidenten des Bundestages eingereicht. Beide Parteien vertraten auf Grund ihres gemeinsamen Antrages die Ansicht, daß das im Grundgesetz vorgeschriebene Drittel der Mitglieder des Bundestages durch den Zusammenschluß erreicht und demzufolge der Präsident des Bundestages verpflichtet sei, die beantragte Sondersitzung einzuberufen."

Diese Tatsachen lassen aufhorchen. Sie zeigen schlaglichtartig — auch wenn es in diesem Einzelfall noch nicht zu einem durchschlagenden Erfolg kam — wie wichtig das Zusammengehen der Arbeiterparteien ist und welche positiven Ergebnisse sich erzielen lassen. Gleichzeitig aber verstärkt sich der Eindruck, daß es der Führung der SPD absolut nicht ernst ist mit ihrer Haltung und sie zu ihr nur durch den Gang der Ereignisse, vor allem durch das konsequente Vorgehen der KPD gezwungen wurde. In der gesamten sozialdemokratischen Presse wird sorgfältig das Zusammengehen verschwiegen. Kein Wort bringt sie über den wirklichen Verlauf, kein Wort darüber, daß es eine Abmachung zwischen den beiden Parteien gab, ja sogar eine schriftliche Vereinbarung über einen gemeinsamen Antrag. Dieses Schweigen spricht für sich.

Auch die bürgerliche Presse und die Zeitungen der Besatzungsmächte bescheinigen Herrn Schumacher, daß sie sein Auftreten nur für ein Manöver halten. So, wenn ihm „Die Neue Zeitung" in ihrem Leitartikel bestätigt:

„Der Eifer, mit dem die SPD ihren in der gestrigen Bundestagssitzung abgelehnten Antrag in einen sofortigen Eintritt in eine außenpolitische Debatte weiterverfolgt, wirkt wenig überzeugend."

Oder wenn in der gleichen Zeitung ein Reporter aus einem Interview mit Dr. Schumacher berichten kann:

„Der SPD-Fraktionsführer wies warnend darauf hin, daß die Bundesrepublik langsam aber sicher in eine Kette von Verfassungskrisen hineinsteuert, die in einer Staatskrise enden könte. Er fügt jedoch hinzu, daß diese Verfassungskrise zur Zeit kein akutes Problem sei."

Warum diese Beruhigungsversuche, wenn es Dr. Schumacher ernst wäre mit seinem Kampf gegen den nationalen Verrat Adenauers?

Angesichts dieser Tatsachen ist es kaum zu viel gesagt, wenn wir bezüglich des Verhaltens Dr. Schumachers feststellen:

„Die Botschaft hör' ich wohl, allein uns fehlt der Glaube." Was jedoch die Stimmung der Mitglieder der SPD und der breiten Masse der Bevölkerung in Westdeutschland anlangt, so bringt uns gerade das Verhalten Schumachers die Gewißheit, daß sich der Gedanke des einheitlichen, friedliebenden, unabhängigen Deutschlands immer mehr Bahn bricht und nicht mehr aufzuhalten ist. Weiter entnehmen wir aus ihm, daß sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer einheitlichen und geschlossenen Arbeiterbewegung als den entscheidenden Faktor für die Bildung eines selbständigen, wohlhabenden Deutschlands auch in der westdeutschen Arbeiterschaft mit Recht durchsetzt. Eben in diesem Sinne begrüßen wir die letzten Vorgänge im Bonner „Parlament."

Schon 1945-64 gab es auch in Westdeutschland bei den Mitgliedern der KPD und der SPD viele Beweise für den Willen zum Zusammenschluß. Es gab auch viele praktische Beispiele dafür, was dieser Wille der Werktätigen zuwegebringen kann. Nicht durch die Schuld der KPD wurde diese Entwicklung unterbrochen und zurückgeworfen. Sie wird es auch in Zukunft nicht an Konsequenz und Aufgeschlossenheit fehlen lassen. Nicht nur Bonn hat das bewiesen. Vor wenigen Tagen konnte die Presse berichten, daß in Remscheid durch gemeinsames Vorgehen der SPD- und der KPD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung der Sozialdemokrat Frey zum Oberbürgermeister und der Kommunist Hoffmann zum zweiten Bürgermeister gewählt wurde. Auch in Wuppertal wurde mit den Stimmen der KPD und SPD der Sozialdemokrat Daum gegen Dr. Schmid (CDU) zum Oberbürgermeister gewählt.

Wenn es noch eines Beweises für die Wirksamkeit dieses gemeinsamen Vorgehens bedurft hätte, so wurde er durch das Echo der amerikanischen Rundfunkpropaganda in Deutschland erbracht. Sie widmete den Wahlen in Remscheid und Wuppertal einen besonderen Sonntags-Kommentar, in dem Gift und Galle gegen die beteiligten Mitglieder der SPD geschleudert wurde. Für uns ist das nur eine Bestätigung, daß wir uns auf dem richtigen Weg befinden, den wir seit 1945 nie verlassen haben und nicht verlassen werden. Und wir glaubten, daß es heute auch einem Dr. Schumacher nicht mehr gelingen wird, die Entwicklung aufzuhalten oder zu bremsen. Seine Manövrierfähigkeit ist nach diesen Vorgängen zumindest stark eingeschränkt. Mit jedem weiteren Tag wird sich die Stärke der Deutschen Demokratischen Republik klarer zeigen, wird sich ihre Anziehungskraft vergrößern, wird sie sich als Ausgangspunkt und Grundlage für das einheitliche demokratische Deutschland unter Einschluß Westdeutschlands erweisen. Die Panik ihrer Gegner bestätigt es.

Bischof Dr. Dibelius: Ich kann in der Ostzone offen und frei meine Meinung sagen

„Wenn nicht auf politischem, dann auf kirchlichem Boden Ost-West-Verständigung!"

München. „Wir haben zur Zeit keine Hoffnung, daß auf politischem Boden eine Ost-West-Koordinierung zustande kommt," erklärte der Vorsitzende des Rates der evangelischen Kirche Deutschlands, Bischof Dr. Otto Dibelius, Berlin, am Montag vor Pressevertretern in München. „Daher pflegen wir diese Ost-West-Koordinierung auf kirchlichem Boden und haben großen Erfolg damit."

Dr. Dibelius erklärte, daß er sich nicht über eine unfreundliche Behandlung durch die Sowjets beklagen könne, obwohl er offen und freimütig seine Meinung sage. In der Sowjetzone dürfe überall freier Gottesdienst stattfinden. Von 7000 Pastoren seien nur ein Dutzend Mitglied der SED und von diesen träten nur 3 politisch hervor. (dpa)

SS-Führer zum Tode verurteilt

Warschau. Der ehemalige SS-Führer Hildebrand und der ehemalige deutsche Polizeichef von Bromberg, Henze, wurden von einem Bromberger Gericht zum Tode verurteilt. Beide wurden für schuldig befunden, für die Ermordung von Zehntausenden von Polen und Juden verantwortlich zu sein.

„Befreit die Welt von der Bedrohung durch die Atombombe!"

Berlin. (Eigenbericht.) Nur das Verbot der Atomwaffen, die Durchsetzung dieses Verbots und seine Kontrolle könne die Welt von der Bedrohung durch einen Atomkrieg befreien, erklärte der sowjetische Außenminister Wyschinski am Samstag vor dem zweiten politischen Ausschuß der UNO-Vollversammlung. Es gebe unbestreitbar Leute, die einen solchen Krieg wünschten und vollen Gebrauch von der Atombombe zu machen beabsichtigten. Zwar könne man sich vor dieser Gefahr verschließen oder sich etwas vorgaukeln, die Wirklichkeit sollte jedoch jeden wachrütteln und ihm sagen, daß eine Bedrohung tatsächlich besteht und nur durch das Verbot der Atomwaffe sowie die Kontrolle und die Durchsetzung eines derartigen Verbots abgewendet werden kann.

Die an dem amerikanischen Plan zur Atomkontrolle geübte Kritik habe bewiesen, daß dieser Plan ungeeignet sei, überhaupt irgendeine internationale Kontrolle sicherzustellen. Der USA-Delegierte habe bei der Verteidigung des amerikanischen Plans lediglich seinen Gegnern etwas zugeschrieben, was diese niemals gesagt hätten, und dann das widerlegt, was er ihnen in den Mund gelegt hatte, fuhr Wyschinski fort. Der USA-Delegierte habe von einer angeblichen sowjetischen Weigerung zur Mitarbeit gesprochen, was die Voraussetzung für den Beschluß über ein Verbot und eine Kontrolle wäre. Dies Argument sei, milde ausgedrückt, nicht korrekt, es sei eine Erfindung.

Die Sowjetunion öffne einer Kontrolle weit die Tür

In den sowjetischen Vorschlägen sei das Recht niedergelegt, Lager für Rohstoffe zur Erzeugung von Atomenergie und die Grubenindustrie zu besichtigen. Einer internationalen Kommission sei in den Vorschlägen das Recht eingeräumt, Atommaterialen zu analysieren. Die den amerikanischen Kontrollplan stützende Mehrheit habe jedoch, wie Wyschinski sagte, eine stark verzerrte Auffassung über eine Kontrolle. Sie denke dabei an das Recht, alle Produktionsstätten für Atomenergie so zu betreiben, als wären sie ihr Eigentum. Die Sowjetunion werde jedoch niemals irgendeiner Kommission die Eigentumsrechte über ihre Atomerzeugung einräumen. Die Sowjetunion gehöre dem Sowjetvolk, das große Opfer gebracht habe, um sein Land zu erhalten.

Unter der Voraussetzung, daß man die Souveränität der Sowjetunion und ihr Recht, Atomenergiequellen zu leiten und auszubeuten, respektiere, sei die Sowjetunion zur Annahme einer Kontrolle bereit. Sie wende sich jedoch gegen jeden Mißbrauch einer solchen Kontrolle. Die Sowjetunion verwende die Atomenergie für friedliche Zwecke, erklärte Wyschinski abschließend. Ihr Bedarf an Atomenergie sei enorm und wachse ständig. Es sei nicht davon gesprochen worden, daß man in der Sowjetunion Berge „versetzt". Vielmehr habe er — Wyschinski — erklärt, daß in der Sowjetunion Sprengarbeiten großen Stils stattfinden, die mit Hilfe von Atomenergie durchgeführt werden.

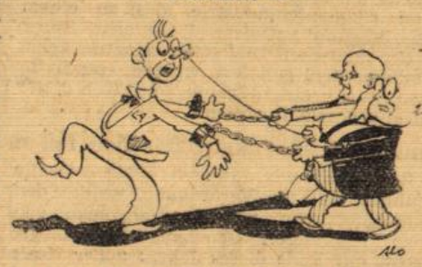
Wyschniski greift Bevin an

New York. Der sowjetische Außenminister Wyschinski richtete am Montag bei Aufnahme der Debatte über seinen Viermächtepakt-Vorschlag im politischen Ausschuß der UN-Vollversammlung erneut heftige Angriffe gegen die Westmächte und insbesondere gegen den britischen Außenminister Bevin.

Die Resolution der Sowjetunion verlangt neben einem Friedenspakt zwischen den Großen Fünf das strikte Verbot des Atom-Waffengebrauchs und die Verurteilung Großbritanniens und der Vereinigten Staaten wegen Kriegstreiberei.

Wyschinski legte die Heuchelei jener Politiker bloß, die die USA bei ihren Aufwendungen für die Herstellung immer neuer Atombomben verteidigen, die aber beweisen, daß sie gar kein Interesse am Zustandekommen eines Atomwaffenverbots hätten. Amerika versuche mit seinen Vorschlägen zu dieser Frage die anderen Staaten einzuschüchtern. Was vorgehe, sei praktische Vorbereitung eines neuen Krieges. Die Sowjetunion vertraue darauf, daß die Vereinten Nationen die sowjetischen Vorschläge annehmen werde.

Lenkungsausschuß des Europarates rebelliert —



da er vom Ministerrat zu kräftig gelenkt wird

Wiedersehen mit einem Ehemaligen

Von Domprediger Karl Kleinschmidt

Ich hatte ihn während des Krieges als Soldaten gesehen und — sagen wir — als harmlosen und umgänglichen Nazi kennengelernt. Wir feierten unser Wiedersehen bei einem Glas Bier und mit einem Gespräch, in dessen Verlauf er mich nach den Gründen meines Aufenthalts in Westdeutschland fragte. Die Antwort, daß ich auf Friedenskundgebungen zu sprechen die Absicht hätte, erheiterte ihn sichtlich. Nicht, daß er im Kriege ein großer Held gewesen wäre! Im Gegenteil. Ich habe während des Krieges kaum einen Soldaten kennengelernt, der soviel Angst gehabt hätte wie er. Aber das hatte er offenbar vergessen. Vielleicht ist es ihm damals auch nicht so aufgefallen wie seinen Kameraden. Für einen Helden hat jedenfalls auch er sich im Kriege nicht gehalten.

Aber heute offenbar. In der Erinnerung an den Krieg strafften sich seine Züge: „Das waren doch männliche Zeiten!" — Er sah plötzlich ganz anders aus, als ich ihn in der Erinerung hatte: „Friedenskundgebungen?" — Das ist nichts für einen alten Soldaten! — In wessen Auftrag machst du das eigentlich?" — Er amüsierte mich sehr und ich antwortete ihm:

„Im Solde Moskaus natürlich. Was denn sonst." — Das fand er schon wesentlich weniger komisch und begriff nicht, wie ich mich „zu so etwas hergeben könne."

Um mich bei ihm wieder zu einigem Ansehen zu bringen, klärte ich ihn dahin auf, daß ich auf Einladung der VVN einige Vorträge hielte. Das machte ihn wieder fröhlich: „VVN? So weis heißt bei uns NVV!" Und meiner Frage nach der Bedeutung dieser Buchstabenumstelung ward die Antwort: „Nichtvergaste Verbrecher."

Der Rest war - zwar nicht völliges Schweigen, aber doch eine relativ wortlose Tätigkeit, die hoffentlich ohne ernste Folgen für ihn geblieben ist. Bier macht ja wohl keine Flecken. Und wenn er seinen Anzug doch in die Reinigung geben muß, so fällt sie hoffentlich etwas gründlicher aus als die, der er sich vor der Spruchkammer hat unterziehen müssen.

So was ist einmal als „harmloser" Nazi erschienen und anstandslos durch die Entnazifizierung gegangen. Er ist zwar durchaus nicht für den Krieg, wenn er ihn selbst mitmachen muß, hält ihn aber trotzdem für eine „große Sache". Er hat persönlich keinen Kommunisten totgeschlagen, hält sie aber trotzdem für Verbrecher und ihre Tötung für eine „staatspolitische Notwendigkeit".

So was gälte auf Grund seiner politischen Vergangenheit gewiß auch in der Ostzone als „harmloser Nazi". Aber in der Ostzone — und das ist der wesentliche Unterschied — wäre er wirklich harmlos, weil dort nicht nur ehemalige Parteigenossen, sondern vor allem die „ehemaligen Verhältnisse" entnazifiziert sind, und aus der Veränderung der Verhältnisse sich eine Veränderung des Bewußtseins ergeben hat, von der auch der ehemalige harmlose Nazi erfaßt worden ist.

Im Westen ist alles beim alten geblieben: die Verhältnisse und das Bewußtsein. Und unser angstvoller Held schwimmt heute genau so im Strom der öffentlichen Meinung wie ehemals.

Westdeutschland ist ein guter Boden für den Faschismus. Dort sind auch „harmlose" Nazis durchaus nicht „ehemalig" und höchst gefährlich. Ich glaubte, mich mit einem „harmlosen Ehemaligen" zu unterhalten und erfuhr, daß ich mit einem zukünftigen Mörder zusammensaß.

Und wußte, daß er doch „harmlos" und gefährlich nur in seiner und durch seine Umwelt war: Ein Harmloser in einem gefährlichen Strom schwimmend, wirklich harmlos wird er erst werden, wenn der Strom sich wendet.

Der Vorbote des Falls von Tschungking

Kommunistische Armeen im schnellen Vormarsch - Tschiangkaischek fliegt nach Tschungking

Die drei Angriffsarmeen Mao Tse Tungs, die gegen Tschungking operieren, sind in schnellem Vormarsch auf die Stadt. Der Fall Tschungkings, das während der japanischen Invasion Tschiangkaischek zur Hauptstadt diente, steht in Kürze bevor.

Wenn es nicht möglich wäre, auf Grund des Ganges der militärischen Ereignisse dies zu behaupten, müßte man es tun, nachdem Reuter berichtet, daß Tschiangkaischek am Montag von Taipeh auf Formosa, wo sich sein Hauptquartier befindet, nach Tschungking geflogen ist; denn es ist sein Brauch geworden, derartige Flüge vor dem endgültigen Verlust entscheidender Städte und Zentren zu machen. Bei Peking, Nanking, Schanghai und Kanton war es seine Praxis. Sein Flug an nicht mehr zu haltende Punkte in letzter Minute soll einmal Mut vortäuschen und zum anderen die demoralisierten Reste des Tschiangkaischek-Regimes aufputschen.

Hongkonger Handelsabteilung geht zu den Kommunisten über

Hongkong. Die Hongkonger Handelsabteilung der nationalchinesischen Kommission für Bodenschätze gab bekannt, daß sie sich der kommunistischen Regierung in Peking zur Verfügung gestellt habe. Die Kommission befaßt sich mit der Ausfuhr von Wolfram und anderen Mineralien aus China. 35 von 40 Angestellten der Handelsabteilung einschließlich des Chefs haben ein Schriftstück unterzeichnet, worin sie ihre Absicht bekunden, alle in Hongkong befindlichen Mineralvorräte und Geräte zu schützen und zu sichern, bis die Kommunisten sie übernehmen können. (dpa-Reuter)

Auch in Japan nach USA-Wunsch Abwertung

Tokio. Die Frage einer etwaigen Abwertung des Yen wird in Besprechungen des amerikanischen Finanzministers John Snyder mit dem Beauftragten Trumans für wirtschaftliche Angelegenheiten Japans, Bankier Dosge, in Tokio erörtert werden.

(dpa)

Ein Präsident, wie ihn USA wünschen

Quirino auf Philippinen wieder gewählt

Manila. Der bisherige Staatspräsident der Philippinen, Quirino, wird es bleiben. Alle Ergebnisse der neuen Präsidentschafts-Wahlen, die am vergangenen Dienstag stattfanden, liegen noch nicht vor. Quirino hat aber gegenüber seinem entscheidenden Rivalen José Laurel bereits 300 000 Stimmen Vorsprung, die nicht mehr durch die ausstehenden Resultate so geändert werden könnten, daß seine Präsidentschaft in Zweifel steht.

Der wiedergewählte Staatspräsident der Philippinen, Quirino, ist bekannt als eine Figur in den Händen der USA-Politiker. In der Frage des Atlantik-Paktes lag, obwohl für die angelsächsischen Mächte das Eisen zu heiß war, bei ihm wiederholt die Initiative. Es war dabei mehr als ein Freundschaftsdienst gegenüber dem bankrotten Tschiang Kai-Schek und dem auf wackligen Füßen stehenden Staatspräsidenten von Südkorea, Reeh, denn Quirino machte sich dabei zum Sprecher der Antikommunistenfront in Ostasien.

In der Wahl standen Quirino, der, obwohl er als Führer der liberalen Partei gilt, ganz rechts steht, zwei Kandidaten gegenüber. Der eine ist José Avelino, früher Präsident des Philippinischen Senats, der als Mann der Mitte gilt. Der dritte Gegenkandidat war Dr. José P. Laurel, der nach philippinischen Begriffen als Linksmann bezeichnet wird und dem die Stimmen der Kommunisten und der „Huks", der unzufriedenen Bauern, wie die Wahl bewies, zukamen. Laurel ist bei seinem Stimmenanteil an der philippinischen Wahl ein ernsthafter Gegenspieler Quirinos, der Figur der Amerikaner, während José Avelino keine Stimmenzahl von Bedeutung erhalten hat.

Chile kommt nicht zur Ruhe

Die Folgen des eindringenden Dollars

Buenos Aires. Wie dpa aus der chilenischen Hauptstadt San Diago berichtet sind neue Unruhen im Lande zu verzeichnen. Bei einem Umzug chilenischer Studenten kam es zu Zusammenstößen und Schießereien zwischen den Demonstranten und der Polizei. Zahlreiche Personen wurden verletzt und verhaftet. Für die Verhaftungen ist kennzeichnend, daß sich unter ihnen der frühere Minister und Gewerkschaftsführer Labarca und der frühere Bürgermeister von San Diago befinden. Die neuerlichen Zusammenstöße zwischen Demonstranten und der Polizei in San Diago sind nicht die ersten, die sich in den letzten Monaten ereigneten. Zu Ausschreitungen war es vor Monaten wegen der Erhöhung der Fahrpreise der städtischen Verkehrsmittel gekommen.

Die Polizei gibt als Erklärung für die neuerlichen Unruhen die Versuche kommunistischer Gruppen, zu stören, an. Mit dieser Begründung hat sie auch die Aufhebung der Immunität eines kommunistischen Senators beantragt.

Die Unruhen in Chile haben einen greifbaren Grund. Der eindringende Dollar verschärft im Lande die sozialen Spannungen und verlangt von den Politikern, die der USA hörig sind, einen verschärften antikommunistischen Kurs.

Wenig verpflichtend

New York. Gegen fünf Stimmen bei fünf-Stimmenthaltung nahm der zweite politische Ausschuß der UNO eine französisch-kanadische Entschließung zur Atomfrage an. Darin wird der Atomenergie-Ausschuß aufgefordert, alle Möglichkeiten für das Zustandekommen eines Vertrages über die internationale Atomenergie-Kontrolle zu erforschen. (nach Reuter)

Wirtschaftskatastrophe Berlins

Dr. Adenauer zu wissen:

Thyssen-Belegschaft fordert sofortigen Demontagestop

Duisburg. Ein sofortiger Demontagestop für die August-Thyssen-Hütte in Duisburg-Hamborn wird in einer an die Bundesregierung gerichteten Entschließung gefordert, die am Montag von der Belegschaft des Werkes gefaßt wurde. Durch ein neues Hinauszögern des Demontagestops, so heißt es darin, würde 40 000 Menschen in Hamborn die letzte Hoffnung auf eine Existenzmöglichkeit genommen. Die Bundesregierung wird ersucht, den Wiederaufbau der Hütte durch Investierung zu unterstützen. (dpa)

Pressestimmen

„Das war nun weiß Gott nichts Neues"

Das einzige, was die Verlautbarung (Pariser Kommuniqué) an Konkretem enthält, ist der Hinweis darauf, daß Westdeutschland wieder in die europäische Völkerfamilie zurückgeführt werden soll. Das war nun weiß Gott nichts Neues. („Der Mittag")

Ein gefährliches Wort

Man weiß genau, daß man mit Deutschland nun einen anderen Ton anschlagen sollte und daß Demontage, Ruhrkontrolle, Besatzungsstatut in dieser Form überholt sind. Aber die Verwirklichung der Einsicht geht „totlangsam" vor sich. Das ist ein gefährliches Wort, weil es den Tod birgt. („Rhein. Post")

„ . . wird voraussichtlich enttäuscht"

Wer erwartet, daß die Deutschlandpolitik der Westmächte in ihrem Ziel eine revolutionäre Umgestaltung erfahren wird, wird voraussichtlich enttäuscht werden. („Die Welt")

Zu was haben sie sich dann durchgerungen, wenn . . .?

Die Regierungen der Westmächte haben sich noch nicht entschließen können, die Beendigung des Kriegszustandes zu verkünden und das Besatzungsstatut durch ein Friedensstatut zu ergänzen. Sie haben sich anscheinend auch nicht zu einem allgemeinen Demontagestop durchringen können.

(„Sozialdemokrat")

Schnell steht Adenauer als Landesverräter da"

Schneller noch, als erwartet, steht Adenauer vor dem deutschen Volke als der Landesverräter da, der er schon immer war. Glaubte dieser Günstling im Ernst, er könne über die wahre Absicht, Westdeutschland in eine amerikanische Kolonie zu verwandeln, mit Versprechungen hinwegtäuschen und der westdeutschen Oeffentlichkeit blauen Dunst vormachen. („Neues Deutschland")

Westliche Kultur

Der Stadtrat von Urach (bei Reutlingen) hat beschlossen, drei Straßen umzutaufen, die nach dem Dichter Thomas Mann und den Physikern Albert Einstein und Max Plank benannt sind, wie ein Sprecher der Stadtverwaltung am Samstag mitteilte.

„Weil die jetzigen Namen eben niemand kennt", meinte der Beamte, als er nach dem Grund der Umbenennung befragt wurde.

„Associated Preß"

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Panther dementiert

Die „radikale Rotte" der Radikal-sozialistischen Freiheitspartei ist keine Neuauflage der Nazipartei, durchaus nicht, gehört auch nicht zur Strasser-Gruppe, sondern ist deren Gegner. Sie ist aufbauend, staatserhaltend und demokratisch. Sie ist die Brücke zwischen rechts und links, wie es auch die FDP, der sie nahesteht, anstrebt.

So und ähnlich schildert der Mannheimer spirtus rector der RSF, Dr. Panther, in einem Brief an den „Mannheimer Morgen" seine Partei, die mit Pauken und Trompeten vor ein paar Tagen im Rosengartenkeller durch Betriebsräte und Gewerkschaften gleich bei ihrem ersten Auftreten ein prachtvolles Fiasko erlebte.

„Gut gebrüllt, Panther", muß man in diesem Falle sagen. Aber dieses Lied ist nicht neu, das hat auch Hitler bei jener Gerichtskomödie in München seinerzeit gesungen und dabei den Legalitätseid geschworen. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text und kennen auch die Verfasser. Durch Erfahrungen in der Vergangenheit gewitzigt, trauen wir solchen Erklärungen nicht und werden auch weiterhin ein wachsames Auge auf die RSF haben.

Der tapfere Panther gibt in diesem Schreiben auch zu, gesagt zu haben: „An die Gewehre". Aber das war nach seiner Darstellung nur eine Aufforderung an den Referenten, mit seinen speach zu beginnen und er hätte, wie er meint, ebenso gut sagen können: „Auf in den Kampf Torero". Dieses Escamillo-Zitat wäre auch hier am Platze gewesen, obwohl der nicht zum Wort gekommene Referent durchaus kein Matador ist und die Mannheimer Betriebsräte keine andalusischen Stiere. Der Kampf ging ja auch damals los und endete schlecht für den Matador — der Paukenheiner hielt ihm dann sozusagen die Grabrede.

Kurz und deutlich, lieber Panther, laß das Fauchen und zieh dich zurück in deine Anwaltskanzlei, mache den Gerichtssaal oder irgendein Konferenzzimmer zu deiner Tribüne aber keinen Versammlungssaal. Für ein Auftreten in der Mannheimer Oeffentlichkeit ist dein Grüppchen als „Brücke zwischen rechts und links" unerwünscht. Mannheims Betriebsräte und Gewerkschaftler können die Aufforderung „an die Gewehre" nicht mehr hören, das sind ihnen verhaßte Klänge. Kriegsverherrlichern werden sie ganz zweifellos und ohne Umstände das Kreuz brechen. -m-

Prüfungsergebnisse der Wirtschaftshochschule

Bei der letzten Prüfung für Diplomkaufleute und Handelslehrer an der Wirtschaftshochschule konnten von insgesamt 234 Kandidaten sieben die Note „sehr gut" und 119 die Note „gut" erzielen. Damit haben 53 Prozent der Prüflinge mit einer guten Gesamtnote abgeschnitten. Wie vom Rektorat der Hochschule mitgeteilt wird, könne das Prüfungsergebnis als „durchaus zufriedenstellend" bezeichnet werden. Die außergewöhnlich hohe Zahl der Kandidaten erkläre sich aus der Tatsache, daß viele Kriegsteilnehmer jetzt ihr Examen gemacht hätten. Die Oeffentlichkeit wurde gebeten, den Absolventen der Wirtschaftshochschule bei der Besetzung von freien Stellen behilflich zu sein.

Gewerkschaftsspalter abgeblitzt

Die Wahlen zur Bezirksvertretung im Eisenbahndirektionsbezirk Stuttgart, die am 10. und 11. November stattfanden, hatten im Unterbezirk Mannheim folgendes Ergebnis: Von 6493 Wahlberechtigten haben 5433 von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Die Einheits-Gewerkschaft der Eisenbahner erhielt rund 4784 Stimmen, das sind 95,4 Prozent, die Spaltergewerkschaft der Lok-Führer erhielt nur 224 oder 4,5 Prozent aller Stimmen.

„Rasch und billig bauen" forderte Stadträtin Langendorf

Räumung der Elendsquartiere im Stadtrat

In öffentlicher Sitzung bei starkem Publikumsandrang behandelte Mannheims Stadtrat Fragen von einschneidender Bedeutung.

Die erste Vorlage der Stadtverwaltung war die Aufnahme eines Baudarlehens in Höhe von 10000 DM bei der Badischen Landes-Kreditanstalt Karlsruhe. Dieses Darlehen soll verwendet werden zur Instandsetzung des Hauses Rheinstraße 1, wo sich schwere Dachstuhlschäden zeigen, die bei der nun eingetretenen Schlechtwetterperiode den Verfall des Hauses beschleunigen. Rheinstraße 1 ist der Stadt zu Wiedergutmachungszwecken übergeben worden. Gegenwärtig befindet sich die Städtische Versicherungsstelle dort. Das Darlehen ist zu 5 Prozent verzinslich und soll am 1. April 1950 in Jahresraten von je 2000 DM getilgt werden. Die Verrechnung dieses Darlehens ist gesichert, auch wenn das Haus wieder dem früheren Eigentümer zurückgegeben werden muß. Der Stadtrat stimmte dieser Vorlage vorbehaltlos zu.

Beigeordneter Riedel begründete die zweite Vorlage, welche 150 Schulräume zur Unterbringung von 150 Familien aus einsturzgefährdeten Häusern, Bunkern und Kellern forderte. Diese 150 Familien stellten nur die allerdringlichsten Fälle der mit zwei und mehr Kindern, die ohne Zögern untergebracht werden müßten, da niemand länger die Verantwortung übernehmen könne. Bei dem herrschenden Mangel an Schulräumen sei dieser Antrag eine schwerwiegende Maßnahme, aber Leben und Gesundheit dieser Menschen seien im Augenblick wichtiger als Bildungsvermittlung.

Leider würden damit nur ein Bruchteil derer untergebracht, die in menschenunwürdigen Verhältnissen lebten. Dreißig Familien hausten noch in ehemaligen Stallgebäuden, in Waschküchen vegetieren noch Familien bis zu 7 Kindern. Es lägen weiterhin 300 Fälle von Räumungsklagen vor, wo diese Menschen von der Stadt untergebracht werden müßten — es befänden sich Tb-Erkrankte darunter. Hundert Lehrer, die in Mannheim unterrichteten, mit einem Anmarschweg bis zu teilweise 100 Kilometer wohnten noch außerhalb. Ständiger Zustrom zur Stadt infolge Wirtschaftsbelebung verschärfe das Wohnungsproblem. Dennoch habe die Besatzungsmacht 5000 Wohnräume nach wie vor beschlagnahmt, ferner das Säuglingsheim, das Truman-Hotel und alle Vorstellungen verliefen ergebnislos.

Der Oberbürgermeister ergriff sodann das Wort und bezeichnete das Wohnungselend in Mannheim als einfach fürchterlich. 236000 Menschen lebten jetzt in Mannheim, das zu 74 Prozent ausgebombt war, darunter allein 13000 Flüchtlinge, größtenteils aus Dänemark. Dennoch habe die Besatzungsmacht nach Meldung vom 10. Oktober immer noch 904 Wohnungen mit 5000 Einzelräumen in ihrem Besitz, außerdem noch 7 Kasernen und andere, wichtige Einrichtungen. Von 405 Schulräumen insgesamt 150 abzuzweigen für menschenunwürdig Wohnende, hieße den Teufel mit Belzebub austreiben und bedeute ein harter Eingriff. Er habe einen dringenden Appell an Mannheims Großbetriebe gerichtet, sie möchten mithelfen und ihren Arbeitern Wohnungen bauen, sonst kämen die Keller- und Bunkerbewohner überhaupt nicht mehr aus ihren Höhlen. Der Oberbürgermeister bat den Stadtrat um Zustimmung zu dieser Maßnahme, die durch die Not gerechtfertigt sei.

Stadträtin Langendorf bezeichnete die Vorlage als schwerwiegend, und man könne verstehen, daß Pädagogen gegen sie Sturm laufen würden. Die Härte des Augenblicks erfordere aber diesen Eingriff in das Schulleben, damit endlich die Menschen aus Ruinen und Kellern herauskämen. Es sei gut, daß endlich damit ein Anfang gemacht würde. Es sei ihr bekannt, daß im Erholungsheim Sandtorf tuberkulöse Kinder untergebracht wären, die in den meisten Fällen aus Familien von Bunker- und Kellerbewohnern stammten und leider nach 6 Wochen immer wieder in ihre Löcher zurückgebracht werden müßten.

Es sei einfach unverständlich, daß die Besatzungsmacht, die sich als Repräsentant einer fortschrittlichen, christlichen und demokratischen Nation fühle, den Forderungen nach Freigabe der 236 leerstehenden Wohnungen verschließe und nicht einmal eine Kaserne zur Verfügung stelle. Anhand dieser Vorlage müsse der Stadtrat einen dringenden Appell an die Amerikaner richten. 200 Schulräume befänden sich noch immer in den Händen von Behörden, von denen 8 allein das Besatzungskostenamt beanspruche und von Geschäftsleuten, denen längst gekündigt sei, die aber keine Miene machten, dieser Kündigung Folge zu leisten. Mannheim müsse rasch und billig bauen, nicht nur Wohnblocks, sondern billige Behelfsbauten, um innerhalb von 5 bis 6 Monaten die Schulen wieder für den Unterricht frei zu machen. Stadträtin Langendorf stimmte namens der Kommunistischen Fraktion der Vorlage zu.

Stadtrat Stengel bezeichnete die Vorlage als Verzweiflungstat und gab als Schulfachmann seinen schweren Bedenken über die zukünftige Unterrichtsgestaltung an den Volksschulen, die sich katastrophal auswirken müsse, in eingehenden Darlegungen Ausdruck.

Alle Fraktionen machten ihre schweren Bedenken gegen die Vorlage geltend, konnten sich aber angesichts der überzeugenden Argumente des Oberbürgermeisters der Notwendigkeit, zuzustimmen, nicht verschließen.

Letzter Punkt der Tagesordnung war der Beitritt Mannheims zum „Verein Kurpfalz". Die kommunistische Fraktion bezeichnete durch ihre Sprecher, Stadtrat Weber und Stadtrat Stark, diese Vereinigung als einen Beitrag zur Südweststaatkombination und übten bei der Abstimmung über diesen Punkt Stimmenthaltung, die anderen Fraktionen stimmten geschlossen dafür.

Die öffentliche Sitzung war damit beendet, der Stadtrat tagte hinter verschlossenen Türen weiter. -m-

Volle Projektenmappe aber leere Kasse

Der Verwaltungsausschuß suchte nach Mittel für Notstandsarbeiten

Die Aufnahme eines weiteren Darlehens des Landes Württemberg-Baden für öffentliche Notstandsarbeiten — es handelte sich um 32000 DM für die Verlegung einer Gas-Hochdruckleitung und um 19200 DM für Aufräumungsarbeiten im Bahnhof 5 (am Schlachthof) der Verkehrsbetriebe — gab die Veranlassung zu einer ergiebigen Aussprache im Verwaltungsausschuß. Stadträtin Frau Langendorf brachte den Stein ins Rollen mit der Anregung, ob nicht andere Vorhaben wie z. B. Kanalisationsarbeiten in der Schönau-Siedlung dringlicher wären. Oberbürgermeister Dr. Heimerich, Ober-Baudirektor Elsässer und Ober-Rechnungsrat Stuhler gaben darauf eine Übersicht über die Finanzlage und die Ausführungsmöglichkeiten für die verschiedenen Notstandsarbeiten und sonstigen Bauvorhaben. Es ging daraus hervor, daß die Durchführung selbst der Vorhaben, für die Darlehen des Landes bereits aufgenommen wurden, in Frage gestellt ist, weil die Stadt den zusätzlichen Betrag von zwei Dritteln der Gesamtsumme, für die das Darlehen aufgenommen wurde, nicht aufbringen kann. Es besteht also die unmittelbare Gefahr, daß bei Ablauf des Etatsjahres des Landes die nicht in Anspruch genommenen Darlehen anderweitige Verwendung finden. Im neuen Etatsjahr ergibt sich eine ganz andere Situation, weil die Notstandsarbeiten dann Bundessache sind. Es fehlen 1,5 Millionen DM und die staatlichen Darlehen können nicht in Anspruch genommen werden, wenn es der Stadt nicht gelingt, den Zusatzbetrag aufzubringen. Ober-Rechnungsrat Stuhler zeigte wohl einigen Optimismus bezüglich der Aufbringung der Mittel, denn die Gelder seien „irgendwo" angesammelt und eine Kapitalbildung habe stattgefunden. Wie die Mittel für langfristige Investitionen aber beschafft werden sollen oder können, wenn Darlehen zu 9% für Notstandsarbeiten natürlich ausgeschlossen sind, das konnte die Aussprache nicht klären.

Daß unter diesen Umständen alle bereits genehmigten und noch erwogenen Planungen mehr oder weniger illusorisch sein müssen, liegt auf der Hand. Oberbürgermeister Dr. Heimerich betonte auch, daß das städtische Bauprogramm keine neuen Projekte vorsehe. Er habe den Gedanken erwogen, zwischen K 5 und K 7 ein provisorisches, zweistöckiges Verwaltungsgebäude zu errichten, aber der Ausbau des vorderen Teils des technischen Rathauses, der etwa den gleichen Betrag von 600000 DM erfordere, sei wohl vorzuziehen. Der Bau der Friedrichsbrücke wird termingemäß im Herbst 1950 beendet sein. Eine Beschleunigung, die an sich möglich gewesen sei, scheiterte an der Finanzierungsfrage. Mehr als 200000 DM im Monat dürfen nicht verbaut werden. Ein Vorflutkanal für die Schönau-Siedlung (Kosten 334000 DM) und einer für den Speckweg (Kosten 260000 DM) sind geplant, aber beide Darlehen können nicht in Anspruch genommen werden, weil die zusätzlichen Mittel von der Stadt nicht aufzutreiben sind. Ebenso verhält es sich bei einem Straßenbau den Rennplatz entlang und einer Straße vom Parkring aus über das ehemalige Friedrichspark-Gelände. Auch die dringend notwendige Erneuerung der völlig ruinierten Straßen im Rheinauer Hafengebiet scheitert an der Geldfrage, nachdem Verhandlungen mit dem Besatzungskostenamt bisher ergebnislos waren. Ober-Baudirektor Elsässer referierte über alle diese Pläne, aber das „Gegenreferat" des Oberrechnungsrats gab zu verstehen, daß die Ausführung in Frage gestellt ist und die aufgenommenen Darlehen ohne praktischen Wert sind, solange die zusätzliche Finanzierung durch die Stadt unmöglich oder wenigstens noch nicht gelungen ist. So bedeutete die einmütige Zustimmung des Verwaltungsausschusses zur Aufnahme der beiden Darlehen eigentlich nur eine Vermehrung der „eingefrorenen" Notstandsarbeits-Bauvorhaben.

Auf festerer Basis ruhte die Nachbewilligung von 28000 DM für Instandsetzung der Hildaschule, wodurch sich die Gesamtkosten auf 203000 DM erhöhen. Die in der Schule untergebrachte Firma Weyhenmeier hat den Betrag vorgestreckt und die Stadt wird das 4%ige Darlehen mit der monatlichen Mietezahlung der Firma verrechnen. Die Vorlage wurde einstimmig gebilligt, und auch die im ersten Punkt der Tagesordnung vorgelegte und vom Stadtrat-Ausschuß aufgestellte Liste für die Schöffenwahl fand keine Beanstandung.

Den Gashahn geöffnet

Der Polizeibericht meldet:

Ein verheirateter Mann wurde in den Nachmittagsstunden in Käfertal bewußtlos vor dem Gasherd liegend aufgefunden. Der hinzugezogene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen. Der Verstorbene hatte den Gashahn geöffnet, um auf diese Weise aus dem Leben zu scheiden. Es besteht Grund zur Annahme, daß der Mann auf Grund von Verletzungen, die er sich bei einem kürzlichen Unfall zugezogen hatte und unter denen er schwer zu leiden hatte, zu diesem Verzweiflungsschritt getrieben worden ist.

Das Beste war gut genug

Angeblich kam er mit seinem PKW von Essen und wollte zu einer Hochzeit nach Weinheim a. d. B. Zu dieser Hochzeit wollte er ein nettes Geschenk kaufen. Einen wunderschönen Radioapparat im Werte von 406 Deutsche Mark hatte er sich bald in einem hiesigen Radiogeschäft ausgesucht und bezahlte diesen mit einem Scheck auf eine Bank in Trier. Um sicher zu gehen, ließ sich der Geschäftsinhaber zusätzlich noch einige Angaben machen, so daß er zuletzt an der Einlösung des Schecks keine Zweifel mehr hatte. Leider war er trotzdem einem vornehmen Schwindler zum Opfer gefallen; denn der Scheck wurde von der Bank nicht eingelöst. Der Betrüger, der gehbehindert ist, fuhr vermutlich mit einem Mercedes-Wagen mit dem Pol.-Kennzeichen BR 634490. Auch in Heidelberg erschwindelte er sich einen Radioapparat, nur mit dem Unterschied, daß er dort einen PKW mit dem Kennzeichen AW 36414 benützte. Die Kriminalpolizei ist hinter ihm her.

Eine böse Ueberraschung

Eine nette Bescherung fand ein Prokurist vor, als er aus der Luisenschule kam und seinen vor dem Gebäude parkenden Volkswagen in schwer demoliertem Zustand wieder antraf. Während er etwas besorgte, war ein amerikanischer LKW durch zu scharfes Bremsen aus der Fahrbahn gegen seinen Wagen geworfen worden, so daß dieser schwer beschädigt wurde. — Weil er einer auf der Tattersallstraße fahrenden Zugmaschine nicht die Vorfahrt überließ, kam es an der Straßenkreuzung Tattersall—Moltkestraße zu einem Zusammenstoße mit einem PKW. Ein mitfahrender Mann erlitt dabei eine Kopfplatzwunde, während beide Fahrzeuge erheblich beschädigt wurden.

Ein Experiment des Arbeitsamtes Ludwigshafen

Ludwigshafen (lwb). Das Arbeitsamt Ludwigshafen hat am Montag mit einem Fortbildungskursus für Stenotypistinnen begonnen, die mangels genügender Kenntnisse aus ihren bisherigen Betrieben entlassen worden waren. Kursusteilnehmer sind etwa 30 Stenotypistinnen, die in dem kostenlosen Kurs in Maschinenschreiben und Stenographie weitergebildet werden. Wird das Experiment günstig auslaufen, dann sollen auch Kurse für junge Kaufleute und Hausgehilfinnen eingerichtet werden.

KPD Weinheim zum Südweststaat

Erklärung der kommunistischen Stadtratsfraktion

Weinheim (lwb). Der Weinheimer Stadtrat hat eine von dem parteilosen Stadtratsmitglied Karl Freudenberg eingebrachte Entschließung angenommen, in der die alsbaldige Bildung des Südweststaates gefordert wird. Der Antrag wurde mit 19 gegen 11 Stimmen der CDU und KPD angenommen.

Die kommunistische Stadtratsfraktion hatte in Uebereinstimmung mit den Richtlinien des Landesparteitages diese Entschließung abgelehnt und ihrerseits eine Resolution eingebracht, in welcher es u. a. heißt: „Der Streit um das Abstimmungsverfahren ist nur die Kulisse, hinter welcher der Kampf zwischen ausländischen, partikularistischen und parteipolitischen Sonderinteressen ausgetragen werden. Schon jetzt haben die reaktionären Kreise weitgehende Zugeständnisse eingehandelt, nach denen der Südweststaat keine Vereinfachung und Vereinheitlichung des Verwaltungsapparates, sondern eine Komplizierung und Verteuerung bringen wird ... Die Kommunistische Partei ruft die Bevölkerung Südwestdeutschlands auf, ihre ganze Aufmerksamkeit und Kraft auf die Erringung der einheitlichen Unabhängigkeit Deutschlands, eines baldigen Friedensvertrages und des Abzugs der Besatzungstruppen zu richten ..."

FILMTHEATER

Hilde Krahl - Karl John in
„Liebe 47"
Regie: W. Liebeneiner
Täglich: 13.00, 15.30 18.00, 20.30 Uhr
ALSTER
Voranzeige ab Freitag:
Zarah Leander - Marika Rökk in:
„Es war eine rauschende Ballnacht"
Ein dramatischer Film um zwei Frauen im Leben Peter Tschaikowskys

Ein erregender Film um Schmuggler, Pelzjäger, Barmädchen und einem flüchtigen Sträfling:
„FLÜCHTIG"
mit: Madelaine Robinson und René Dary
Beginn: 14.00, 16.30, 19.00 und 21.00 Uhr
CAPITOL
Voranzeige ab Freitag:
Zarah Leander - Marika Rökk in
„Es war eine rauschende Ballnacht"
Ein dramatischer Film um zwei Frauen im Leben Peter Tschaikowskys

Donnerstag letzter Tag:
„Hafenmelodie"
Kirsten Heiberg, Paul Henkels
Beginn: 10.00, 11.40, 13.40, 15.40, 17.40, 20.00 Uhr
PALAST
Voranzeige ab Freitag:
Der spannende Wildwestfilm:
„Tom Mix - Der Wunderreiter"

Ein Augenglas zur rechten Zeit erhöht die Lebensfreudigkeit
Zimmer Uhren-Optik am Tattersall
Kassenlieferant

Werner's
moderne Kleiderpflege
chem. Reinigung
Mannheim, S 3, 13
Betrieb U 1, 6
Tel. 434 24

Berthold Rösch
Färberei und chem. Reinigung
Mannheim - Seckenheim
Tel. 472 95

1 Kinderwagen, 1 Kindersportwagen, 2 Zimmeröfen, gut erhalten, billig zu verkaufen. Ludwig Gräf, Augartenstr. 83

C. Blumhardt
Fahrzeugwerk
Wuppertal-Vohwinkel
luftbereifte
Gespannwagen
Langholzwagen

+ Eheleute +
Keine Frauensorgen mehr d. u. UTE - Dauer - Mutterschutz. Gratis-Prospekt gegen Freiumschlag. Pharmagent Hamburg 1, Postfach 708/R

Kugellager
in allen gäng. Größen
FINDLING, (17a) Ettlingen 62
Lechleiterstr. 1.

Achtung! Achtung!
Tausche in Leutershausen an der Bergstr., 4 Zimmer und Küche geg. 3-Zimmerwohnung in Mannheim. Adresse zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Männer über 40
erhalten kostenlos und diskret wichtige Publikation. Sanursex-Vertrieb, Bad Reichenhall-S 54

BESTELLSCHEIN
Hiermit bestellen ich - wir ab .....
die Tageszeitung BADISCHES VOLKSECHO durch Träger - Post - Abholer
Name: .....
Vorname: .....
Wohnort: .....
Straße: .....
Besondere Wünsche: .....
An den Verlag
BADISCHES VOLKSECHO
MANNHEIM
S 3, 10
Ausschneiden und unfrankiert in den nächsten Briefkasten werfen!

PRINTZ reinigt schön ... wie neu!

Nachrichten aus Karlsruhe

Zunahme der Verkehrsunfälle in Nordbaden

Karlsruhe (lwb). Die Zahl der Verkehrsunfälle in Nordbaden ist von 312 im September auf 323 im Oktober angestiegen. In beiden Monaten wurden in Nordbaden zusammen 21 Verkehrsunfälle mit Todesfolge, 212 mit Personenschäden und 150 mit Sachschäden sowie 29 sonstige Unfälle mit Todesfolge gemeldet. Ferner wurden 19 Selbstmorde, 11 Selbstmordversuche, sechs Leichenfunde und 39 Brandfälle verzeichnet. Die Zahl der Brände hat sich gegenüber dem Vormonat verdoppelt. Außerdem wurden im September und Oktober in Nordbaden 3280 Verbrechen und Vergehen angezeigt, von denen 2676 aufgeklärt werden konnten. Gegenüber den Vormonaten hat die Zahl der Urkundenfälschungen, der fahrlässigen Tötungen und der Münzdelikte am stärksten zugenommen.

Karnevalsgesellschaft „Grokage" wieder aktiv

Karlsruhe (lwb). Die Karlsruher Karnevalsgesellschaft „Grokage" trat am Sonntag nach zehnjähriger Unterbrechung zum erstenmal wieder vor die Öffentlichkeit. Zum ersten Präsidenten der Gesellschaft wurde der frühere Präsident, Hanns Hanegarth, gewählt. Die Gesellschaft will in der kommenden Faschingszeit kleinere Veranstaltungen arrangieren und im Sommer ein Stadtgartenfest veranstalten. Von einem Fastnachtsumzug wird im kommenden Jahr wegen der hohen Kosten noch abgesehen.

Bund für Vogelschutz gegründet

Karlsruhe (lwb). Ein „Bund für Vogelschutz", Landesverband Baden, wurde kürzlich in Karlsruhe gegründet. In den Vorstand wurden Prof. König, Studienrat Reichardt und Friedrich Reimholz gewählt. Aufgabe des Bundes soll es sein, selten gewordene Pflanzen und Tiere vor dem Aussterben zu schützen, zweckmäßige Winterfütterung einzurichten und Nistgelegenheiten zu schaffen.

Zimmerlehrling beging 37 Diebstähle

Karlsruhe (lwb). Die Karlsruher Polizei konnte dieser Tage einen 17jährigen Zimmerlehrling festnehmen, der insgesamt 37 Baustellendiebstähle im Karlsruher Stadtgebiet begangen hatte. In den Umkleideräumen der Bauarbeiter hatte der jugendliche Dieb nach und nach insgesamt 1100 DM gestohlen.

Weihnachtsaufruf des Bad. Blindenvereins

Karlsruhe. Die Bezirksgruppe Karlsruhe des Badischen Blindenvereins will seinen Schützlingen auch in diesem Jahr eine kleine Freude bereiten. Durch eine schlichte Weihnachtsfeier, die am 11. Dezember in Karlsruhe abgehalten wird, soll den Blinden eine kleine Gabe zukommen. Die eigenen Kräfte des Blindenvereins reichen aber dazu nicht aus, und es wird an alle Menschen appelliert, das gemeinnützige Werk durch Barspenden zu unterstützen. Sie können bei der Geschäftsstelle Scheffelstraße 62, oder bei der Südwestbank und der Städt. Sparkasse Karlsruhe, Girokonto Nr. 6792, einbezahlt werden.

Ausgabe von Reis

Auf Abschnitt „Brot N 2" der Karten 11, 21 und 31 sowie „Brot N 7" der Karten 14, 24 und 34 werden 250 g Reis aufgerufen. Die Ausgabe erfolgt nach Eingang der Ware.

Ernährungsamt Karlsruhe-Stadt.

Wiederaufbau des Bruchsaler Schlosses

Bruchsal (lwb). Im Rahmen des Wiederaufbauprogramms der Stadt Bruchsal plant der Badische Verein für Denkmalspflege und die Stadtverwaltung Bruchsal den Wiederaufbau des zerstörten Schlosses Bruchsal. Der Kostenvoranschlag für den Wiederaufbau beträgt mehrere Millionen DM. Von der Landesregierung wurden für das Baujahr 1949 insgesamt eine Million DM genehmigt.

Nach seiner Fertigstellung soll das Schloß ein Museum für badische barocke Kunstgegenstände erhalten, außerdem sollen Möbel, Teppiche, Spiegel, Gemälde und Gobelins aus anderen badischen Barockschlössern nach Bruchsal gebracht werden. In den Nebenräumen soll das Landratsamt und andere staatliche Dienststellen untergebracht werden.

Preise für Rindvieh um 35 Prozent gestiegen

Der württembergisch-badische Gewerkschaftsbund gegen Teuerungen

Der Stuttgarter Viehhandel hat am vergangenen Dienstag der Aufwärtsentwicklung der Preise für Rindvieh „nachgegeben". Bereits während der letzten Wochen waren die Rindviehpreise in Nordbaden und auch im Kreise Mergentheim „in Unordnung geraten". Statt des gesetzlichen Höchstpreises von 70 Pfennig wurden 1,10 DM pro Pfund Lebendgewicht verlangt und bezahlt. Obwohl uns versichert wird, daß auch diese Woche mehr Tiere am Markt waren als gebraucht wurden, hat nun auch der Stuttgarter Viehhandel die Preise auf 0,95 DM pro Pfund Lebendgewicht erhöht. Die Märkte Heilbronn und Ulm haben sich angeschlossen.

Seit einem Jahr darf nun der Verbraucher die „Auspendelung der Preise" auf den landwirtschaftlichen Produkten- und Viehmärkten beobachten und feststellen, daß von Woche zu Woche etliche Groschen mehr aus seiner Tasche gezogen werden. Die Verfechter der freien Wirtschaft sind angeblich genau so überrascht wie der Verbraucher, daß der Markt immer noch nicht zugunsten der Verbraucher funktioniert. Die Eier sollten spätestens im Frühjahr 1949 billig werden. Erträgliche Schweinepreise sollten sich spätestens im Herbst 1949 einstellen usw. Monatelang hat man die Verbraucher mit diesen leeren Versprechungen abgespeist.

Jetzt soll nun der Rindviehmarkt „normalisiert" werden. Nach den bisherigen Erfahrungen läßt sich ohne Schwierigkeiten voraussagen, was wir zu erwarten haben.

Die Gewerkschaften müssen deshalb ohne Rücksicht auf wirtschaftspolitische Theorien folgendes erklären.

1. Hat man vergessen, daß bei der Frei-Mit größter Wirksamkeit, so heißt es in diesem Erlaß von Erhard, sei deshalb die Ueberwachungstätigkeit der Preisbehörden auf die Innehaltung der gesetzlich festgesetzten Höchstpreise für Schlachtvieh, Fleisch- und Wurstwaren zu konzentrieren.

Die Gewerkschaften verlangen deshalb, daß gegen Preisüberschreitungen mit aller Schärfe sprechen des Bundeskanzlers erinnert, wonach Preise für bewirtschaftete Nahrungsmittel auf keinen Fall erhöht werden dürfen. vorgegangen wird und die Gerichte einzuschalten sind.

Daß auch heute die Wirtschafts- und Preisbehörden etwas ausrichten können — wenn sie wollen — zeigt Südwürttemberg, und auch Bayern hat einigermaßen Ordnung gehalten. Den spekulativen Viehaufkäufern aus Rheinland-Westfalen sowie ihren Kollegen vom gabe der Schweinefleischpreise die Ernährungsverwaltung, die Bauernverbände und das Fleischergewerbe erklärt haben, die Schweinepreiserhöhungen seien deshalb erträglich, weil die weniger zahlungsfähige Verbraucherschaft das billige Rindfleisch kaufen könne?

2. Wirtschaftsminister Erhard hat in einem Erlaß vom 18. Oktober 1949 an das Ver-Württ. Viehhandel muß deshalb das Handwerk auch bei uns sofort gelegt werden, falls sich die Viehpreiserhöhungen auf die Fleisch- und Wurstpreise auswirken. Wenn bei ungenügendem Angebot die Versorgung mit den lebensnotwendigen Gütern durch die freie Preisbestimmung auf Märkten und Börsen reguliert wird, so ist das unverantwortlich und höchst unsozial. Kein Land und kein Stand will schuld sein. Auch die Bauernverbände haben sich für eine Marktordnung und geregelte Preise entschieden. Die Verantwortung für den ganzen faulen Zauber der freien Marktwirtschaft tragen jedoch alle, die grundsätzlich oder tatsächlich für diese systematische Ausplünderung der Lohn- und Gehaltsempfänger eintreten.

Wir werden mit aufmerksamem Interesse beobachten, ob die Fleicherinnung und die Fleischwarenindustrie ihr Versprechen einlösen wird, die Verbraucherpreise für Rindfleisch nicht zu erhöhen. Höchstpreise sind hier unentbehrlich. Energische und konsequente Maßnahmen der zuständigen Behörden gegen jede weitere Verteuerung der Lebenshaltung müssen jedenfalls sofort eingeleitet werden.

Ein Spekulant melkt Kleintierzüchter

Prozeß vor dem Arbeitsgericht Karlsruhe

Ein Handwerker hat in sich die Fähigkeit zum Spekulieren erkannt. Warum soll er da nicht sein ehrsames Gewerbe an den Nagel hängen? So wenigstens handelte der Schlosser Müller, der aus seinen Beziehungen zu Kiosken und Druckereien Nutzen ziehen wollte. — Eine Zeitschrift mehr? Etwas ganz Ausgefallenes muß es sein. — Da führt ihn das Schicksal mit einem Fachmann der Kleintierzucht zusammen und die „Kleintierzüchter-Tierbörse" wird ins Leben gerufen. Das Geschäft läuft an. Der Fachmann fliegt. Auch dem nächsten Schriftleiter geht es nicht besser. In Heilbronn entläßt er seine vier Angestellten, als ihm dort der Boden zu heiß wird.

Durch die Tätigkeit eines Schwerkriegsbeschädigten als Schriftleiter und Fachautor erlebt die Zeitschrift wieder einen Aufschwung und zählt bald 15000 Abonnenten. Für eine entsprechende Ausgestaltung seiner „Tierbörse" hat Müller kein Geld, denn als Herausgeber will er standesgemäß leben. Daraufhin wenden sich die Abonnenten ab. Den Schaden will der Herausgeber auf den Schriftleiter abwälzen und verschlechtert dessen Vertragsbedingungen. Als dieser sich widersetzt, wird ihm gekündigt.

Das Nachspiel folgt auf dem Karlsruher Arbeitsgericht: Der Schriftleiter war erkrankt. Dafür hat ihm der Chef ein Monatsgehalt nicht ausbezahlt. Vorwand: Er erkennt die Krankheit nicht an, da der Schriftleiter sich für einen Tag aufraffen konnte, um zu einer Fachveranstaltung nach Heidelberg zu fahren. Auf Grund ärztlicher Atteste kam das Gericht zu der Ueberzeugung, daß der Arbeitnehmer korrekt gehandelt hatte.

Wegen der schlechten Geschäftslage hatte Müller eine vereinbarte Spesenvergütung in den letzten Monaten zurückbehalten. Auch das wird vom Arbeitsrichter als unzulässig abgelehnt.

Die Verhandlung endigt mit einem Vergleich. Mehr als 350 DM kann der Schriftleiter aus dem erfolglosen Spekulanten nicht herausholen, und die wird er gemäß Erfahrung seinem Vorgänger wahrscheinlich pfänden lassen müssen.

Heidelberger Nachrichten

Pleite mit Jakob Kaiser

Heidelberg. Am Samstag, den 12. November 1949, war von der CDU Heidelberg im Saale des Gasthauses „Zur Rose" eine öffentliche Versammlung einberufen.

Unter Aufbietung einer groß angelegten Propaganda wurde diese Versammlung am Freitag und Samstag organisiert. Trotz aller propagandistischen Mittel und dem tagelangen Einsatz eines Großlautsprecherwagens mit der pompösen Ankündigung „Jakob Kaiser, der Vertreter der 18 Millionen Deutschen der Ostzone persönlich über die Ostzonen-Sowjetrepublik", war der Saal, der etwa 600 Personen faßt, von 156 Personen besetzt. Von Kirchheim selbst waren etwa 35 Personen anwesend, darunter 16 von der KPD und etwa 10 von der SPD. Die restlichen 115 bis 120 Personen stellten das angekündigte Heidelberger Volk dar und selbst diese wurden zumeist mit PKW. antransportiert.

Polizeibericht Heidelberg

Am frühen Morgen stieß auf der Kaiserallee ein Radfahrer, der links fuhr, mit einer Radfahrerin zusammen, die keine Beleuchtung am Fahrrad hatte. Er erlitt eine Knieprellung, sie eine Schürfwunde am Knie.

Auf der Kaiserallee fuhr ein Straßenbahnzug über die Weiche zur Schillerstraße, weil diese infolge eines Fahrfehlers sich nicht richtig eingestellt hatte. Infolge der falschen Richtung fuhr er auf der jenseitigen Straßenseite auf einen vorbeifahrenden Straßenbahnzug seitlich auf, wobei dieser stark beschädigt und der mittlere Anhänger aus den Gleisen gehoben wurde, was zu einer längeren Betriebsstörung führte. Ein Fahrgast erlitt beim Zusammenstoße Schnittwunden und Prellungen.

Bei Dunkelheit fuhr ein Personenkraftwagen auf der Durlacher Allee bei der Milchzentrale auf einen am Straßenrand haltenden, ordnungsgemäß beleuchteten Lastkraftwagen von hinten auf. Während sich der Wagenführer hierbei nur Schnittwunden im Gesicht zuzog, erlitt sein Begleiter eine lebensgefährliche Gehirnerschütterung. Der Personenkraftwagen wurde stark beschädigt.

Ein 17jähriger Zimmerlehrling, der wegen Diebstahlsverdacht vorläufig festgenommen worden war, konnte überführt werden, in der letzten Zeit 37 Baustellendiebstähle im Stadtgebiet begangen zu haben. Er gab sich hierbei den Anschein, als gehöre er zu den Arbeitern, suchte dann die Umkleideräume auf und stahl aus den dort aufbewahrten Kleidern Bargeld, Brieftaschen und Geldbeutel. Nach den bisherigen Feststellungen erbeutete er auf diese Weise etwa 1100 DM.

Quer durch das Land

„Götz von Berlichingen" auf Götzenburg

Heilbronn (lwb). Im Hof der ehemaligen Stammburg des historischen Bauernführers Götz von Berlichingen in Jagsthausen soll von Juli kommenden Jahres ab in regelmäßigen Festspielen Goethes „Götz von Berlichingen" aufgeführt werden. In Jagsthausen wurde am Sonntag ein „Heimat- und Verkehrsverein Jagsthausen e. V." gegründet, der die Festspiele veranstalten will. Vorsitzender des Vereins ist Wolf Götz von Berlichingen, ein Nachfahre des „Götz von Berlichingen mit der eisernen Hand". Für die Festspiele wurde der Generalintendant der Römerberg-Festspiele in Frankfurt am Main, Meißner, gewonnen.

Tagung der Schafzüchter

Osterburken (lwb). Am Wochenende veranstaltete der Verband badischer Schafzüchter in Osterburken eine Tagung, an der 140 Schafhalter aus ganz Nordbaden teilnahmen. Dr. Doehner vom württembergisch-badischen Landwirtschaftsministerium gab während der Tagung bekannt, daß Pachtverträge mit einer Laufzeit von über sechs Monaten durch das Landwirtschaftsamt genehmigt werden müssen. Die Pachtpreise dürften nach einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts die bisherigen Handelspreise nur bis zu zwanzig Prozent überschreiten, da sonst das Preistreibereigesetz und gegebenenfalls die Zwangsverpachtung angewendet würden.

Schwache Rebenernte im Kraichgau

Derdingen (lwb). Die Ernteerträge in den ausgedehnten Weingebieten des Kraichgaues und Zabergaues betrugen in diesem Jahr nur ein Fünftel der Normalernte. Die schlechte Ernte wird jedoch durch eine außergewöhnliche gute Qualität, wie sie in den letzten zwanzig Jahren nicht aufzuweisen war, gut gemacht.

Wohleb im Norden aktiv

Buchen (Odenwald), (lwb). Der südbadische Staatspräsident Leo Wohleb traf am Montag zu einem überraschenden Besuch in Buchen ein. Am frühen Nachmittag sprach er zu einem kleinen Kreis von geladenen Gästen, die Presse war auf Wunsch Wohlebs nicht zugelassen worden.

Stadt Pforzheim hat nur 813 Fürsorgeempfänger

Pforzheim (lwb). Von den 51000 Einwohnern der Stadt Pforzheim werden gegenwärtig nur 813 sozial minderbemittelte vom Sozialamt der Stadt unterstützt. Von den Unterstützungsempfängern sind 223 Körperbeschädigte und Kriegshinterbliebene, 46 Notunterstützungsempfänger und 544 weitere Personen, die von der allgemeinen Fürsorge betreut werden. Die niedrige Zahl der Sozialminderbemittelten ist darauf zurückzuführen, daß Pforzheim als eine der schwerstgeschädigten Städte keine Flüchtlinge aufzunehmen brauchte. Die bisherigen Auszahlungen nach dem Sofort-Hilfegesetz haben das Sozialamt um rund zweihundert Unterstützungsempfänger entlastet.

Neues vom Turnier im Passage-Palast Karlsruhe

Joe räumt auf

Am Samstagabend ging es im überfüllten „Pa-Pa" gewissermaßen „um die Wurst" in dem Freistil-Entscheidungskampf zwischen Joe Vinca und Gustav Budrus. Joe war in Form und lief auf vollen Touren, wobei er „Opa" Budrus gleich zu Beginn in arge Bedrängnis brachte. Zwar ist Budrus dafür bekannt, daß er einiges einzustecken vermag, ohne mit der Wimper zu zucken, aber Vinca legte sich mit Vehemenz ins Zeug und knockte seinen Gegner nach insgesamt 24 Minuten aus.

Zu einem weiteren Entscheidungstreffen in griechisch-römischem Stil traten sich Ahrens-Lützelsachsen und der bullige Demis Lekas-Griechenland gegenüber. Lekas brachte seine überlegene Kraft, gegen die Ahrens tapfer aber ohne Erfolg ankämpfte, in der 41. Minute voll zur Geltung und wuchtete Ahrens durch einen Kopfzug auf die Schultern.

Hundertzehn Kilogramm Körpergewicht bringt Harry Pinetzki-Berlin mit auf die Matte und man sah es dem schweißüberströmten Kaiser an, daß es sein Gegner verstand, den ihm dadurch gegebenen Vorteil voll auszunutzen. Der Kampf endete nach 3 Runden unentschieden, und man darf gespannt sein, wer von diesen beiden Titanen aus dem künftigen Entscheidungskampf als Sieger hervorgehen wird. Im zweiten Freistilkampf des Abends traf Ecker-Wien auf den Ungar Nagy, wobei Ecker erneut sehr drastisch unter Beweis stellte, daß er nicht zu Unrecht als Freistilspezialist gilt. Beide trennten sich schließlich unentschieden.

Die Prognose, daß der junge Saturski-Berlin gegen den erfahrenen Ring-Fuchs Audersch keine großen Chancen haben werde, bewies dann auch der Kampf, der ganz im Zeichen der technischen Ueberlegenheit Auderschs stand. So konnte er immer wieder den stürmisch drängenden Berliner mit der ihm eigenen Lässigkeit abwehren, bis er dann in der 15. Minute aus der Defensive heraus Saturski durch einen Ausheber erledigte.

Affaire BLUM

ROMAN VON R. A. STEMMLE

Copyright 1948 by Filmverlag, Berlin

15. Fortsetung

„Was hier geschieht, ist Wahnsinn. Im Büro sind sie Mittwoch vormittag wieder gewesen. Dieselben, die Iakob verhaftet haben. Das Oberste zu unterst gekehrt, jedes Schnipselchen haben sie gegen 's Licht gehalten, die Korrespondenzen durchgewühlt, die Hieroglyphen auf dem Löscher in seinem Privatbüro im Spiegel entziffert. — Alles Drumherum ist gespenstisch. Heute habe ich diese Karte bekommen."

Dr. Wormser nimmt sie. Eine einfache Postkarte. Schreibmaschinenschrift. Er liest:

„Sie sind doch eine deutsche Frau. Warum haben Sie einen Juden geheiratet? Wissen Sie, daß Ihr Rechtsanwalt auch ein Jude ist? Wer vom Juden ißt, der stirbt.

Jemand, der es gut mit Ihnen meint."

Dr. Wormser legt die Karte auf den Schreibtisch zurück, nimmt sie wieder auf, liest sie noch einmal.

„Sagen Sie, Doktor, die Leute sind doch alle irrsinnig! Ich werde den Präsidenten anrufen."

„Wilschinsky, den Regierungspräsidenten?"

„Ja, er kennt Jakob. Und er ist aus dem Urlaub zurück."

„Der kann auch nichts machen. Die Sache muß eben laufen."

„Aber sie läuft falsch!"

Dr. Wormser stopft ärgerlich Papiere in seine Aktentasche und schließt die Tasche.

„Doktor, Sie müssen versuchen, mit meinem Mann zu sprechen. Sagen Sie ihm, daß ich alles unternehme, was nur möglich ist! Er darf nicht einen Augenblick das Gefühl haben, daß wir ihn im Stich lassen. Sagen Sie ihm, daß ich mit Wilschinsky sprechen werde! Und rufen Sie mich gleich an, wenn Sie ihn gesprochen haben, oder noch besser, kommen Sie wieder her! Bitte!"

Dr. Wormser verspricht es und geht. Er geht schweren Herzens. Er hat der Frau nichts von seinem Besuch beim Landgerichtsrat Konrad erzählt. Es hätte sie nur verwirrt und noch mehr deprimiert. Festgestellt worden ist, daß Dr. Blum in der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober mit dem Chauffeur Bremer in einem geliehenen Fiat unterwegs gewesen und daß der Mercedes in Reparatur gegeben worden war. Am 5. Oktober verschwand Platzer. In der Filiale in Chemnitz soll man angeblich einer Devisenschiebung auf die Spur gekommen sein. Festzustellen, ob Dr. Blum davon gewußt haben kann, ist dem Rechtsanwalt unmöglich, weil die Bücher beschlagnahmt worden sind. Er hat gar keine Unterlagen. Landgerichtsrat Konrad war sehr reserviert, kurz und klar. Und sehr sicher.

Dr. Wormser geht die Villenstraße entlang. Er schlenkert mit seiner Aktentasche. Eine rothaarige Frau mit einem Fuchsschwanz um den Hut geht an ihm vorbei. Er beachtet sie nicht, steigt in die Straßenbahn und fährt ins Büro und überlegt einen neuen Schriftsatz, der es ermöglichen soll, Klarheit in das Devisenvergehen der Chemnitzer Filiale zu bringen. Er überlegt, ob er nach Chemnitz fahren soll.

Währenddessen studiert die rothaarige Frau die Namenschilder an den Gartenportalen der Villen. Es ist Lucie Schmerschneider, Wilhelm Platzers Braut. Sie hat die Trauer abgelegt: Ihr Kleid ist bunt, der Schal sogar etwas zu bunt. Sie hat sich auf einen feierlichen Besuch zurechtgemacht, das sieht man. Alpenveilchen hat sie sich angesteckt. Sie entdeckt Blums Namenszug auf dem Messingschild. Die Gartenpforte ist offen. Lebhaft und mit seltsam wippendem Gang geht sie ins Haus.

Sabine Blum steht im Flur und telephoniert:

„Bitte, ich möchte den Herrn Regierungspräsidenten sprechen!"

Die Flurglocke läutet.

„Bitte, ich möchte den Herrn Regierungspräsidenten selbst sprechen. Hier ist Sabine Blum."

Die Flurglocke läutet wieder. Diesmal heftiger und länger. Frau Blum wendet sich um. Sie sieht hinter der Mattglasscheibe einen Schatten.

„Nein, es ist privat, aber sehr wichtig..."

Jetzt wird an die Scheibe geklopft und dann Sturm geläutet.

Sabine Blum hält den Telephonhörer zu und ruft

„Hedwig! Warum machen Sie nicht auf?!"

Da ruft eine scharfe Frauenstimme von der Flurtür:

„Warum machen Sie nicht selbst auf?" Ich höre Sie ja. Sie sind ja da!"

Sabine Blum legt den Hörer hin, eilt zur Flurtür und öffnet sie.

Lucie Schmerschneider drängt sich herein:

„Warum machen Sie nicht auf?"

Sabine Blum blickt in ein blasses Antlitz. Um den Mund ist der Lippenstift verschmiert. Sie sieht die unruhigen, wimpernlosen Augen. Der Fuchsschwanzhut hat sich bei dem hastigen Eintritt verschoben.

„Entschuldigen Sie! Ich telephonierte." Und sie will wieder zum Telephon gehen:

„Einen Augenblick bitte!"

Aber Lucie Schmerschneider vertritt ihr den Weg. Sie steht so dicht bei Sabine Blum, daß die den Kopf zurückneigt, weil ein übermäßig starker Geruch von Lavendelwasser von der aufgeregten Frau ausgeht.

„Wo ist mein Bräutigam? Ihr Mann weiß, wo er ist. Sie müssen es mir sagen. Ist es wahr? Hat er ihn gemordet? Sagen Sie, daß er ihn nicht ermordet hat!"

„Selbstverständlich nicht! Was reden Sie!"

Hedwig kommt eilig aus dem Souterrain gelaufen, um zu öffnen.

„Wo ist er denn? Wo haben Sie ihn hingeschickt?" fragt Lucie Schmerschneider.

Sabine Blum öffnet die Tür zum Salon, als sie das neugierig lauschende Dienstmädchen bemerkt.

Lucie Schmerschneider tritt ein, Sabine Blum folgt ihr und schließt die Tür.

Lucie Schmerschneider greift an ihre Brosche und nestelt dann an den klappernden Ketten, die sie um beide Handgelenke trägt.

„Ja bitte, wer sind Sie?"

Da wirft sich Lucie Schmerschneider nieder und umklammert die Knie von Frau Blum.

„Sagen Sie es mir! Bitte, sagen Sie es mir! Wo hat er Wilhelm hingeschickt? Er hat ihn versteckt! Aber Wilhelm hat ihm doch gar nichts getan!"

Sabine Blum ist entsetzt. Sie will sich losmachen.

„Aber liebe Frau, ich weiß gar nicht, was Sie wollen."

Lucie Schmerschneider läßt sie nicht los:

„Doch! Sie wissen es! Und wenn Sie es mir sagen, dann ist alles gut. Wo? Ist er weit weg? Der Herr Kriminalkommissar hat gesagt: Wilhelm hat einen großen Koffer gekauft."

Sabine Blum macht sich so energisch aus der Umklammerung los, daß die Hysterikerin auf den Boden fällt. Sie steht aber sofort wieder auf und kreischt los:

„Sie müssen es sagen! Ich will es! Ich will zu ihm! Ich will zu Wilhelm!"

Hedwig steht unentschlossen an der Salontür. Sie hört das entsetzliche Kreischen. Frau Bremer kommt auf das Schreien heraufgehastet:

„Wer ist denn da drin?"

„Eine Frau ist bei der Frau Doktor."

Sie lauschen an der Tür. Aber auf einmal ist nichts mehr zu hören.

Lucie Schmerschneider hat sich selbst ein Zeichen zum Leisesein gegeben. Sie legt den Finger über ihren verschmierten Mund.

Sabine Blum ist hinter einen Tisch zurückgewischen. Lucie Schmerschneider lehnt sich über die Tischplatte und flüstert:

„Ich sage es keinem Menschen. Sie sagen mir, wo Wilhelm ist. Ich fahre dann hin."

Ich weiß gar nichts. Sie sind in einem großen Irrtum."

„Natürlich wissen Sie es. Vier dürfen es wissen. Nur vier. Wilhelm, Ihr Mann, Sie und ich. Ich auch, bitte. Und ich sage auch nichts. Ich bin doch seine Braut. Mir können Sie doch die Wahrheit sagen."

Sie nestelt wieder an ihren Ketten und dreht an ihren Ringen. Sie küßt den Verlobungsring.

„Wir waren sehr glücklich. Das Brautkleid ist fertig. Ich habe es heimlich fertig genäht. Nicht Anna. — Wo wollen Sie hin? Ich komme mit..."

Sabine Blum war schnell zur Tür gegangen. Frau Bremer, die durchs Schlüsselloch gespäht hatte, wich in der Erwartung, daß die Tür aufgestoßen werden würde, zurück. Aber die Tür blieb geschlossen.

„Das ist 'ne Verrückte", wisperte Frau Bremer der Hedwig zu.

Sabine Blum hält die Türklinke in der Hand.

„Liebe Frau, bitte beruhigen Sie sich doch! Sie müssen mir glauben, daß ich nicht weiß, wo Ihr Bräutigam ist. Mein Mann weiß es ebenso wenig."

„Sehen Sie mich an! Ich kann es an Ihren Augen sehen."

Da dreht sich Sabine Blum um und öffnet die Tür. Frau Bremer und Hedwig starren in den Salon.

„Warum helfen Sie mir nicht? Bringen Sie die Frau hinaus."

Aber da kommt Lucie Schmerschneider schon allein aus dem Salon. Sie blickt auf die Frau des Chauffeurs und auf das Dienstmädchen, die sie mit unverhülltem Entsetzen anblicken und etwas zurückweichen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg